

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 2000 Mark. Einzelne Nummern 80 Mark.
Herausgeber: Reichsstelle Nr. 2126 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postgeschäftsbüro Dresden Nr. 2486.

Aufkündigungen: Die 32 mm breite Grundseite oder deren Raum im Aufkündigungs-
teil 300 M., die 66 mm breite Grundseite oder deren Raum im amtlichen Teile 600 M.,
unter Einschluß 800 M. Erhöhung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Geltende Nebenblätter: Landtag-Besluge, Synodal-Besluge, Biehungsliste der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsbuch über das Landes-Versicherungsamt, Verkaufsliste von Holzplatten auf den Staatsforstrevieren.

Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 43

Dienstag, 20. Februar

1923

Bonar Law gegen eine Intervention des Völkerbundes.

„Frankreich vor dem Untergang“.

Unterhausbeteiligung über den liberalen Antrag.

London, 19. Februar.

Heute nachmittag begannen im vollbesetzten Unterhaus die Aussprachen über den gemeinsamen liberalen Abänderungsantrag zur Antwort auf die Thronrede, wobei gefordert wird, daß bezüglich der Operationen im Ruhrgebiet des Völkerbundes eracht werden sollte, unverzüglich eine Kommission von Sachverständigen zu ernennen, um Bericht zu erstatten über die Fähigkeit Deutschlands, Reparationen zu zahlen, sowie über die beste Art, solche Zahlungen zu verwirklichen. Nun fordert der Antrag, daß der britische Vertreter im Völkerbund beauftragt werden sollte, darauf zu bringen, daß eine Einladung an die amerikanische Regierung ergeht, Sachverständige für diese Kommission zu ernennen. Das national-liberal Parlamentsmitglied, der frühere Unterrichtsminister Fisher, brachte den Antrag ein. Er gab der Überzeugung Ausdruck, daß die Weisheit des Hauses und der Nation der Auffassung sei, daß die Regierung den Franzosen bei der Beziehung des Ruhrgebiets nicht abschrecken wolle. Er hoffte, daß die Franzosen durch die wenigen Organe der öffentlichen Meinung in England, die das Unternehmen unterstützen, nicht zum Glauben verleitet werden, daß die französische Politik die Unterstützung Englands und des Landes seien in den letzten Wochen von Abschaffung und Bonar Law richtig zum Ausdruck gebracht worden.

Lloyd George betonte, daß lediglich die Freundschaft für Frankreich ihn und seine Freunde veranlassen, die Regierung zu bitten, Schritte zu unternehmen, die Frankreich vor dem Untergang retten können. „Eine Katastrophe“, sagte er, „muß früher oder später eintreten, und je später sie kommt, desto schlimmer wird sie sein. Ich bin überzeugt, daß die französische Regierung durch ihre Politik Zug für Zug und Woche für Woche die Katastrophe unabwendbar entgegen geht.“ Es ist nach allem, was geschehen ist, schwer einzuschätzen, daß lediglich der Wunsch nach Wiedergutmachung die französische Haltung bestimmt. Die Reparationsfrage muß geregelt werden. Ich glaube an die Gerechtigkeit dieser Wiedergutmachung, aber das französische Publikum hat die Regierung, die vor einigen Monaten vorgeschlagen haben, nicht gebilligt.“

Lord Robert Cecil fühlte aus: „Ich bin von Anfang an ein Freund Frankreichs gewesen, sogar bereits zu einer Zeit, als die Politik Frankreichs und Englands sich gegenseitig gegenüberstanden, aber Freundschaft zu Frankreich bedeutet keineswegs, daß man jeden Schritt der französischen Politik mitmachen muß, besonders nicht, wenn dadurch der Weltfrieden gefährdet wird.“

London, 20. Februar.
Zu seiner geistigen Bede im Unterhausbeteiligung Lloyd George noch: Er bitte den Premierminister d. engl. einen weiteren staatswirtschaftlichen Schritt zu tun, um Frankreich aus der Beziehung zu lösen, bevor es zu spät sei. Die britische Regierung sollte jetzt eine Aktion unternehmen. Lloyd George habe im August 1922 vorgeschlagen, die ganze Angelegenheit an den Völkerbund zu verweisen. Aber Poincaré habe sich geweigert, irgend eine aus dem Völkerbund Verträge sich ergebende Frage an den Völkerbund zu übertragen. Das sei ein höchst erstaunlicher, abweiter und unholzbarer Zustand, da doch auch der Krieg zwischen Polen und Deutschland, der auch den Völkerbund Vertrag berührte, dem Völkerbund mit Zustimmung Frankreichs übertragen worden sei. Außerdem sei die Behauptung, daß der Vertrag, der ganz Europa neu verteilt habe und von deutscher außer schädlicher Wirkung die Zukunft Europas anhänge, im Arbeitsbereiche des Völkerbundes

entzogen werden müsse, eine lächerliche Behauptung, welche die Regierung nicht annehmen sollte. Amerika habe die moralische Verpflichtung, zur Sicherung der Lösung mitzuwirken. Es sei notwendig, im Vertrage mit Deutschland einen neuen Ton und eine neue Einstellung anzunehmen.

Henderson kündigte an, daß die Arbeiterpartei den Abänderungsantrag unterstützen werde, und erklärte, die Arbeiterpartei sei weder deutschfeindlich noch französischfeindlich. Aber es sei im eigenen Interesse Frankreichs notwendig, daß Schritte getan würden, um die Reparationsfrage vom Felde der Gewalt und Sanktionen ins Verhandlungsfeld zu verlegen.

Die Debatte wurde dann von Rednern zweiten Ranges fortgesetzt. Bonar Law, der als einziger Minister das Wort ergriff, sah u. a. aus: Die Regierung glaube nicht, daß es den englischen Interessen oder den Interessen der Welt zum Nutzen gereiche, wenn sie gegenüber Frankreich eine antagonistische Haltung einnahme. Die wesentliche Frage sei, ob die französische Intervention zweckmäßig sei oder nicht. Ausgeglichenheit Frankreichs und der wohlfühlenden Feindseligkeit Belgien und Italiens gegenüber dem Vor- schlag einer Intervention des Völkerbundes würde ein solcher Vor- schlag den Nula des Völkerbundes bedeuten. Bonar Law schloß, er wolle noch einmal wiederholen, daß die Regierung zur Einigung gelangt sei, daß es im Interesse der Untiere liegen würde, die englischen Truppen so lange wie möglich in Deutschland zu belassen.

Die „Times“ berichtet zur geistigen Unterhausbeteiligung über den liberalen Abänderungsantrag:

Die unerwartet große Regierungsmehrheit von 109 Stimmen sei zum Teil auf

die Tatsache zurückzuführen, daß sich etwa

10 Mitglieder der Arbeiterpartei der Abstimmung enthielten.

Das „Daily Express“ rümpft Chamberlain,

Horne und Pollock für die Regierung:

„Daily News“ zufolge verlautete von unionistischer Seite, daß die Rücksicht sowohl Chamberlain wie auch Horne auf die Ministerialkabinett berücksichtete, da die Regierung im Augenblick die Unterstützung der vormaligen Minister nicht brauche. Der Lord Robert Cecil werde die Übergabe eines Regierungsdamts allgemein vorausgeschoben.

Poincaré findet wieder Beifall.

Paris, 19. Februar.

Der Ministerpräsident Poincaré hat heute nachmittag der Kammerkommission die auswärtige Angelegenheiten die gewünschte Erklärung über die äußere Politik Frankreichs gegeben. Poincaré sprach über die Konferenz von Lounay und die Übergabe des Mandats an Italien und die Verschuldungen Deutschlands, die in Ausführung des Völkerbund Vertrages die Beziehung des Ruhrgebiets veranlaßt hätten. Er sprach über die Ausführung des von Belgien und Frankreich ausgearbeiteten Programms, namentlich über den Verkehr der Eisenbahnen und über die Abschließung der neutralen Zone, um die Ausfuhr von Kohle, Koks, metallurgischen und anderen Erzeugnissen zu verhindern. Er gab Kenntnis von Widerstande, der durch die deutsche Regierung veranlaßt sei, und von den Sanctionen, die gegen diejenigen Beamten ergangen waren, welche die öffentlichen Dienste掌管.

Erneut erläuterte er die Maßnahmen, durch die das normale Leben im befreiten Gebiete sichergestellt werden sollte. Nach 3½ Stunden Diskussion erlangte Poincaré gegen den Völkerbund Vertrag eine Zustimmung. Erneut erläuterte er das Ruhrgebiet und schlug dem Ausstausch vor, es in der nächsten Woche in einer neuen Sitzung fortsetzen zu lassen. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Der Gouverneur der Bank von England, Sir Montagu Norman und Sir Ernest Cassier haben gesprochen und haben bestätigt, daß es unmöglich sei, zu positiven Er-

richten, sich Belegschaft abzulegen von der auswärtigen Politik der Regierung und von der Flugzeuge und festen Methoden, die sie angewandt habe, um die französischen Interessen zu schützen.

Der „Erfolg“ für Belgien.

Brüssel, 19. Februar.

Das Brüsseler Organ der sozialdemokratischen Partei, der „Peuple“, zieht in seiner Sonnabendummer die Bilanz der ersten fünf Wochen der Naherhebung für Belgien: Ein allgemeines Steigen der Preise für die notwendigsten Artikel, das sich zwischen 10 und 20 Proz. bewegt. Statt monatlich 140 000 t Kohle umsonst zu bekommen, haben wir 35 000 t erhalten, die wir bezahlen müssen. Die Hüttenindustrien haben keinen Koks mehr und drohen, die Hochöfen abzudämpfen. Die Arbeit in den Kalibrenwerken ist schon um 75 Proz. eingehemmt; unmöglich werden die Betriebe ganz stillstehen. Am Hafen von Antwerpen, wo es im Durchschnitt 900 Arbeitslose gab, werden jetzt täglich 2200 bis 2700 arbeiten. Die Delegierten des Industriellen Zentralausschusses haben den Ministerpräsidenten gebeten, das Geschäft über den Naherhebungstag in den Bergwerken auszuhängen. Unser Gewerbe-Schule hat sich seit dem Einfall der Franzosen fast um eine Million vermehrt. Wir haben bei dem enormen Preissturz, trotz des geleisteten Rotenumtausches, Mühe, die bisherigen Gebiete genügend mit Kohlengemüse zu versorgen. Die gewaltigen Belastungen der Staatsbanknoten durch die Franzosen müssen, wann sie fortgesetzt werden, zu unzähligen Folgen führen.

Hermes über den Ruhrinfall.

Berlin, 19. Februar.

Der Reichsfinanzminister Hermes hat dem Vertreter des „Corriere d’Italia“ in Berlin folgende Erklärungen über die durch den Ruhrinfall geschaffene Lage gegeben:

„Ich habe in den letzten Monaten wiederholt gesagt, daß es für uns sehr schwer sei, in der nächsten Zukunft unseren Verpflichtungen nachzukommen, nicht, weil das deutsche Volk nicht arbeitet oder nicht spart, sondern weil unsere Verpflichtungen weit über das Maß unserer Leistungsfähigkeit hinausgehen.“

„Ich bin stets für eine vernünftige wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Frankreich eingetreten in der Überzeugung, damit den Unteren meines Landes zu dienen und den Weg für eine friedliche Versöhnung offen zu halten.“

„Ich habe die gleiche Linie eingeschlagen in den Verhandlungen mit dem Garantie-Komitee und der Reparationskommission. Diese Verhandlungen haben sich immer in forellen Formen abgespielt, und in allen Hinsichten der Wunsch vor, zu einer praktisch wirtschaftlichen Lösung zu kommen.“

„Wir haben immer erklärt: Wir haben den Krieg verloren, und wir müssen bezahlen, aber man kann nicht verlangen, daß Deutschland so viel bezahlt, daß es davon profitiert.“

„Wir haben niemals unsere Ansicht über den Grad unserer Leistungsfähigkeit jemand aufzutragen wollen. Wir haben erklärt: Wir sind bereit, diese Frage einem unparteiischen Urteil von Sachverständigen zu unterstellen. Darauf haben die Franzosen immer Nein gesagt. Poincaré war der Auffassung, wenn es sich um französische Interessen handle, sei es auch nur um finanzielle, dann könne man nicht Urteil von Banknoten abholen; so ist man niemals zu einem endgültigen Urteil gelangt.“

Der Gouverneur der Bank von England, Sir Montagu Norman und Sir Ernest Cassier haben gesprochen und haben bestätigt, daß es unmöglich sei, zu positiven Er-

gebnissen mit den bisherigen Methoden zu gelangen.

Poincaré aber will nach der Überzeugung des deutschen Volkes keine wirtschaftliche Lösung. Poincaré will eine politische Lösung. Diese Überzeugung hat sich immer mehr im deutschen Volke festgesetzt.

Die Franzosen wollen die Verwaltung des Ruhrgebiets organisieren. Ich fürchte, daß sie mit ihren rohen Eingriffen unermeßlichen Schaden in dem komplizierten Industriezentrum anrichten werden, dessen Gutmachung angeforderte Arbeit erfordert.

Vom wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkt aus ist der militärische Einbruch ins Ruhrgebiet ein Unsinn. Die Franzosen haben sich neue gewaltige finanzielle Lasten auf, und uns gegenüber hat die ohnehin schon mit Mühe aufrecht gehaltene Wirtschaft, und vor allem die Finanzen. Die unzähligen Massenausweisungen von Finanzbeamten drohen unsere Finanzverwaltung im Witten zum Zusammenbruch zu bringen. Die Steuereinführung in den wirtschaftlich bedeutungsvollsten Provinzen droht zum Stillstand zu kommen, und das in einem Moment, wo die neuen, neuen Besitztümern, die Vermögenswerte und Erzeugnisse verlangt werden sollen. Unser Gewerbe-Schule hat sich seit dem Einfall der Franzosen fast um eine Million vermehrt. Wir haben bei dem enormen Preissturz, trotz des geleisteten Rotenumtausches, Mühe, die bisherigen Gebiete genügend mit Kohlengemüse zu versorgen. Die gewaltigen Belastungen der Staatsbanknoten durch die Franzosen müssen, wann sie fortgesetzt werden, zu unzähligen Folgen führen.“

„Ich habe bei meiner Fahrt durch das Ruhrgebiet in allen Schichten der Bevölkerung volle Einigkeit gefunden, und die herrscht auch durchaus im Kabinett. Wir sind und über den Ernst der Situation nicht im Irrtum und unterstreichen die Schwierigkeiten unserer Lage nicht. Unsere Stadt bricht in unserem Recht und in unser aller Witter, den moralischen Widerstand ruhig und besonnen, aber bis zum letzten durchzuführen.“

Deutscher Protest gegen die Massenausweisungen.

Berlin, 19. Februar.

Die deutschen Vertretungen in Paris, London und Brüssel sind angewiesen, den dortigen Regierungen aus Anlaß der Ausweisung des Oberpräsidenten Fuchs folgende Note zu übergeben:

Die interalliierte Rheinlandskommission ist in ihrer von der deutschen Regierung schon wiederholt charakterisierten rechts- und vertragswidrigen Massnahmen gegen die deutsche Verwaltung und gegen die deutschen Beamten sowohl gegangen, auch den obersten Beamten der preußischen Rheinprovinz, den Oberpräsidenten Fuchs, nebst seiner Familie aus dem besetzten Gebiete auszuweisen.

Oberpräsident Fuchs wird getötet von dem rücksichtlosen Vertreter seiner Heimatprovinz, wo er und seine Familie seit verweilen sind. Um so größer ist die Enttäuschung der gesamten Bevölkerung des besetzten Gebiets über das ihm widerstandene Unrecht. Schon während seiner Tätigkeit als Regierungspräsident in Trier hatte Herr Fuchs durch die Tat bewiesen, daß er gewillt war, mit dem Besatzungsrecht den im Rahmen des Rheinlandabkommen loyal zusammenzuarbeiten. Mit dieser Aktion hat er auch jetzt seinen Posten angestreten.

Wenn er es in weiteren Verlauf der Dinge ablehnt, sich solchen Anordnungen der interalliierten Rheinlandskommission zu unterstellen, die sich nicht auf das Rheinlandabkommen stützen, so war das Recht und seine Pflicht als preußischer Beamter nur als Deutscher. Die deutsche Regierung erhebt gegen die Ausweisung des Oberpräsidenten nachdrücklich Protest.

Keiner sieht sich die deutsche Regierung bei dieser Gelegenheit veranlaßt, erneut und allgemein auf die Massenausweisungen aus dem besetzten Gebiet zurückzukommen, die von der in einsitzten Rheinlandskommission

Offizielles Systematisch jedes Be-
fehlung bestimmter großer, an-
halb ihrer Aufgaben liegender
Güte verhindern werden.

Es sind nun die Oberpräsident des Rheinprovinz und mit einer Ausnahme sämtliche Aus-
gungskommissionen der belgischen und der fran-
zösischen Zone ausgewichen. Von der gleichen Maßnahme sind die Hälfte der gesamten höheren Beamten der Westbadener Regierung betroffen worden. Die Vorstimmer bei der Regierung der Pfalz weist nicht mehr einen einzigen höheren Beamten auf. Die Regierungsbürgertum Rheins sind sämtliche Baudirektoren in den Kreisen südlich der Mosel entsezt worden. Ferner wurden ausgewiesen der Oberbürgermeister der Stadt Mainz und sein Stellvertreter, der Oberbürgermeister der Stadt Trier und seine beiden Be-
geordneten, der Bürgermeister der Stadt Coes und alle Begeordneten, dagegen die Reichsbahndirektionspräsidenten von Trier, Ludwigshafen und Mainz. In besonderer großer Zahl sind von dieser Maßnahme betroffen die Beamten der Hoch- und Polizeiabteilung. Aber auch un-
beamte Ortsionen sind von der Ausweisungspolitik der Rheinlandskommission nicht verschont geblieben. So muhten ein Revoluten in West-
baden, ein Gewerkschaftsfestspiel und 25 Studenten der Technischen Hochschule in Kachen das Land verlassen.

Auch die Form der Ausweisungen ist mit dem Charakter einer strikten Besetzung unvereinbar. Die interalliierte Rheinlandskommission hat sich in einer an den Reichs-
kommis für die besetzten rheinischen Gebiete gerichteten Note gegen den Vorwurf der Brutalität verwahrt. Die deutsche Regierung muss diesen Vorwurf aufrechterhalten. Wenn die interalliierte Rheinlandskommission behauptet, sie habe nichts anderes getan, als die Beamten in ihr eigenes Land zurückzuschicken, so kann diese Auflösung einer ausländischen Behörde nur als Hohn empfunden werden, der um so weniger am Platze ist, als nicht nur Oberpräsident Sachs, sondern auch sämtliche ausgewiesenen preußischen Regierungspräsidenten und Landräte rheinischen Familien entstammen.

In den meisten Fällen sind die Beamten auf der Stelle verhaftet und sofort zwangs-
weise ins unbesetzte Gebiet abgeschoben worden. Enige Beamte wurden am Rande des besetzten Gebietes auf offener Landstraße von den Gendarmen abgeführt. Oft sind die Familien tagelang im Umgang über das Schicksal ihres Familienhauptes gelitten. Die Ausdehnung der Ausweisungen auf die Familiennachkommen ist ein besonderes Inhumanes Preßionsmittel, das sich selbst richtet. Die Gewissensbisse dieser zwecklosen Wohltat wird aber dadurch noch verschärft, dass den Familien nur eine Frist von vier bis acht Tagen zum Verlassen des besetzten Gebietes gewährt wurde. Die interalliierte Rheinlandskommission ist über die in Deutschland herrschende Wohnungsmotiv genau unterrichtet. Sie hat ihre Anordnungen also in voller Kenntnis dessen getroffen, was heute in Deutschland für eine Familie die Aufgabe ihrer Wohnung bedeutet. Für die Familien ist die Vertreibung gleichbedeutend mit der sicherer Ausicht, erst nach Jahren wieder ein Familienvater in eigenen Räumen führen zu können. Die Familien sind überdies häufig verhindert, ihre Möbel, unter den gegenwärtigen Verhältnissen oft ihren einzigen kostbaren Besitz, in Sicherheit zu bringen, da in ihren Räumen Angehörige der Besatzung einquartiert sind, oder unmittelbar nach der Ausweisung einquartiert werden.

Die Hoffnung, durch derartige Mittel deutsche Beamte dazu zu bringen, dass sie sich zur Mitarbeit gegen die deutsche Regierung und gegen das deutsche Vaterland bereit finden, ist trügerisch. Die Mittel, welche die interalliierte

Rheinlandskommission anwendet, sind aber nicht nur vergeblich, sondern verstößen gegen Recht und Moral.

Eine Abschrift der Note ist durch den Reichs-
kommis in Abteilung der interalliierten Rheinlandskommission übergeben worden.

An die Franzosen abgetreten.

Berlin, 19. Februar.

Die Engländer haben den Befehl des eng-
lischen Gebietes, der über die Eisenbahnstrecke Neuburg—Duren hinausgeht, an die Franzosen abgetreten. Das dortige deutsche Eisenbahn-
personal wird nun dann den Dienst verlassen, wenn es dazu durch französische Gewalt ge-
zwungen wird. Wie aus Köln gemeldet wird,
sind die Bahnhöfe Würselen, Mariendorf und Marienbrücke seit heute mittag 1 Uhr be-
sezt. Die englische Besetzung des Bahnhofes Neuburg ist durch französische Truppen erzeugt worden. Wie aus Trier gemeldet wird, sind dort Karlsruhe französisches Truppenkampfere nach dem Rück-
gebiet zu beobachten. Seit gestern sind 15 karlsru-
hische Militärs mit Artillerie, Taxis usw.
durch Trier gegangen.

Im Anmarsch auf Dortmund.

Dortmund, 19. Februar.
Seit heute morgen sind von Bremen her fünf
Regimente Infanterie im Anmarsch auf Do-
rmund. Das erste Regiment hat Eickendorff um 10 Uhr morgens besetzt.

Entwaffnung der Schuttpolizei in Essen.

Essen, 19. Februar.

Heute früh wurde hier unter Totem Aufgebot die Schuttpolizei entwaffnet. Die Ma-
nahmen des Privatregiments wurde den Beamten
gestattet. In diesem Zusammenhang wird noch
folgendes bekannt: Am 17. Februar hat in Essen
eine Besprechung zwischen dem General Fourcaut
und dem Stellvertretenden Oberbürgermeister und
zwei Stellvertretern des Polizeipräsidiums statt-
gefunden. Dabei hatte Fourcaut aus Anlaß
der Erschiebung von zwei französischen
Soldaten und der passiven Besetzung der
Schuttpolizei für die 12-stige Stellung der
Schuttpolizei folgende "Bedingungen" zur Wahl ge-
stellt: 1. Die Fortsetzung des Dienstes der Essener
Schuttpolizei im bisherigen Umfang soll unter der
Bedingung geschehen, dass der Dienst nicht
in Uniform, sondern in Zivil bei Hemd- und
Hose durch eine Abteilung und mit Ausnahme
eines Revolvers waffenlos ausgeführt werde. Für
diesen Fall wäre der Grundsatz hinfällig und
die Polizei ipso facto werde freigegeben. 2. Falls
diese Bedingungen nicht angenommen werden,
wird die ganze Schuttpolizei aufgelöst und
die Untertanenkompanie beschlagnahmt sowie
alles der Schuttpolizei gehörende Material fort-
genommen. Die Beamten werden grundsätzlich
ihres Dienstes entbunden. Der General werde
jedoch die Neubildung einer Erzay-
polizei in der Weise zulassen, dass ehemalige
blonde Polizei aus dem Rheinlande und Westfalen,
in erster Linie Familienväter, in der Hälfte des
bisherigen Bestandes gebildet werde. Diese neu-
gebildete Polizei werde mit einem Revolver aus-
gerüstet auf Grund eines Waffenstillstandes, der
von dem General aufgestellt wird. 3. Wird von
diesen zu 2. zugehandelten Erzaymöglichenkeiten kein
Gebrauch gemacht, so lehne der General für den
durchdringenden Anfall jeglichen politischen
Schutzes im Bezirk Essen die Verantwortung ab.

Geschichten von Hugo Wolf.

(Zu seinem 20. Todestag, 22. Februar.)

20 Jahre sind seit dem Tode von Hugo Wolf
gegangen, und seitdem ist er allgemein als
der moderne Meister des deutschen Liedes an-
erkannt worden, steht als Ebenbürtiger neben den
größten Liedermachern. Auch seine Persönlichkeit
mit ihren vielen Schamlosen und ihrer
Diononie, die bereits von dem tragischen Tun des
größten Erschauers überdeckt war, ist und
durch die Veröffentlichung seiner Briefe und durch
die meisterhafte Biographie Dejeys wahrgenommen.
Ein paar wenige kannte Jüng aus seinen Leben-
briefen zu diesem Gedächtnis mitgeteilt. So erzählt
Helene Weinelheim-Göbel von seinen Anfängen,
da er sich durch Klavierstunden mühselig sein Brust
bedienen musste, da er kein guter Pädagoge ge-
wesen sei, aber ein genialer Antreiter. "Seine
Sprungfertigkeit und Überredenheit", berichtet
sie, "hielt uns damals bereits auf, wie hielten
aber die Ausbrüche seiner kraftgründigen Klar-
heit für großartige Künstlerlaunen, mit denen er
vielleicht zu lächerlichen Niederlagen und die uns mit-
unter gar Spaß machen. Dabei nahmen wir
ihm nicht nur als Meister, sondern auch als ehr-
lichen und tüchtigen Charakter vollständig an, der
durch eine innere Rücksicht seines Wesens über-
zeugte, wie sie in der lüderlichen Bohème noch
seitens war. So zählte der "kleine Wolf", wie
er bei uns hieß, durch 2 bis 3 Jahre zum engeren
Beicht unter unseres Hauses und fand sich ein, ob er Klavier-
stunde gab oder nicht. Wir wünschten das Gold-
schnidische Hand am Opernring, das in allen
Stadtwerken bewunderte Familien sang, deren
jugendliche Mitglieder ebenfalls herzig verbunden
waren. Dadurch entstand ein einiges Treppauf
und Treppab, ein stetes Zusammenziehen; hatte
Wolf gerade sein Charakter und vor allem sein
eigenes Klavier, was bei einer Wiederkunft und
seinem fortwährenden Wohnungswechsel sich oft
erfolgte — auch in seinen Briefen eine quallende
Rolle spielt — so fand er immer in einer der

vier Etagen ein Instrument, das ihm Gastfreund-
schaft gewährte. Bei uns blieb er gerne gegen
Abend nach der Stunde, und wir beide sprachen
von unserer jeweiligen Kultur, denn wir trafen uns
leicht im gemeinsamen Beistand für Keller, Helm und
Perau, vor allem aber doch "Faust"
die Signatur jener Tage, vor der wir die Lösung
aller Weltäsel erhofften. Solche Gedanken-
wanderungen vom Himmel durch die Welt zur
Hölle fanden dann irgendwelche musikalischen Aus-
druck, am liebsten mit einem grandiosen Beethoven-
schen Thema, in dem er sich auf dem Klavier
ausklopfte. In ganz seltenen Fällen nur zog er
ein Notenblatt auf der Tasche, was er hastig
vor sich hin sang und spielte ausgeregt markierend
oder vor sich hinsummend ein eben entstandenes
Lied — bald voll nervous, bald, als rasche er
erst die Begleitung aus den Taschen zu-
sammen, bald in aufatmender Freude still
genießend! Die Selbstamkeit seines Weizens
herrte sich wohl in einer göttlichen
Grotheit, hinter der er sein weiches Herz ver-
bergen wollte und die meistens lachlich wirkte.
Bei den geringfügigsten Anlässen machte sich seine
Nervosität in plötzlicher Heftigkeit Luft. So spielen
z. B. die Eindrückungen von mütterlicher und
schwesterlicher Seite in seinen Familiendichten eine
große Rolle, und er ist möglich empfängt, wenn
man ihm nicht die richtigen Worte schlägt. "Schon
die vorletzte Sendung der Würste hat mich ver-
stimmt", heißt es da z. B. "Ich denke, ich habe
oft genug Euch die Sattung der Würste vorge-
stellt, die ich Ihnen so was schreibe? Ich nicht deshalb, damit das Gegenteil von dem
befolgt werde, was ich möchte. Für fünfzige
Fälle habe die Güte und habe diesen Brief auf,
denn ich bin es nun seit, das einige Wiederholungen
einer Sache, die ich bis zum Überdruss schon
wiederholt habe. Ausdrücklich habe ich immer
betont, dass ich frische Würste will, rote Würste,
solche Würste, von denen immer gesagt wird,
dass sie nur zum Kochen sind, solche Würste nur,

will ich!" Den größten Hass hegte Wolf gegen
Brahms, dessen Kunst er mit ebenso großer
Festigkeit verurteilte, wie er die Nachah-
mung leidenschaftlich verachtete. Der Sänger
Danjon erzählte, dass er einmal mit Wolf
zusammen in den Wahnsinn Lieben "unter
großer Heiterkeit nach dem ähnlichen Element"
suchte, natürlich, ohne es zu finden; denn
Wolf war der Überzeugung, dass der Wahnsinn
jede Einigkeit setzte. Als Danjon zum Schluss beim Singen eines Liedes Clapton nahm,
verbesserte ihn Wolf und sagte hinzu:
"Hatte er nur Eis geschossen, dann wäre es viel
billiger. Aber so ist Brahms: sobald er in Gesänge
gezählt, einmal aufnahmeweise das Gefühl voll
ausströmen zu lassen, gleich muß er einen Dämpfer
darauf legen." Als die Nachricht von Wagners
Tode kam, sang Danjon Wolf am Flügel stand,
den Klavieranzug der "Söldnerdämmerung" vor
sich aufgeschlagen. "Etwas deutete er auf die
Noten. Ich sang Siegfrieds Siegesgezon, und
damals spielte Wolf die Tolkauslage mit so ge-
waltigem, ergreifendem Ausdruck, dass ich auf dem
schlechten alten Flügel das ganze Orchester zu
vernehmen wählte. Als er geendet, vermachte
er mir von mir ein Wort zu sprechen, und ich
entfernte mich ja weitgehend. So beginnt Hugo Wolf
die Tolkauslage für seinen Meister."

Das Geschäft des Spaziermachers.

Der im Verlag von Gustav Kiepen-
häuser erscheinende Zeitschrift: "Das
Kunstblatt" entnahmen wir die nach-
stehenden Aussagen des bekannten
Filmmalers Horace Chaplin.

Spaziermachen ist ein erstaunliches Geschäft. Es
erfordert ein tiefschichtiges Studium und tonten-
tierte Beobachtung. Es ist das Geschäft ein &
Komikers, zu wissen, was die Leute zum Lachen
bringt, und warum sie es lachen macht. Er muss
ein Psychologe sein, ehe er ein erfolgreicher
Spaziermacher werden kann. — Alle Welt lacht gen-

herzigste Sätze werden sich um die Ob-
ligationen der Polizei nicht kümmern. Die
Genehmigung zur Waffenführung werde den
Ergebnisstagen nicht erteilt. Regierungsp-
räsident Schuch hat gegen die Besetzung ein
Protestschreiben an Bourguignon geschickt und somit
dem Bürgermeister, wie dem Landrat in Essen
die Bildung von Erkundungskommissionen
unterstellt.

Verhaftung des Düsseldorfer

Oberbürgermeisters.

Düsseldorf, 19. Februar.

Heute nachmittag gegen 4 Uhr wurde der
Oberbürgermeister Kötting, während er
mit den Beigeordneten und mehreren Stadtvor-
orten eine Besprechung abhielt, von einem
Gendarmerieoffizier verhaftet und in einem
Kraftwagen fortgeführt. Der Oberbürger-
meister erhob zunächst selbst Protest gegen
die Wahrnehmung. Dann erklärte Kötting
Adams namens der Führer der Stadtvorordneten-
stitutionen, der Oberbürgermeister genieße das Ver-
trauen der gesamten Bevölkerung. Er müsse gegen
seine Verhaftung und Fortführung schärfsten Ein-
spruch erheben. Der Offizier ließ durch einen Dolmetscher erläutern, er könne den Protest nicht
entgegennehmen. Darauf erwiderte Adams, der
Protest werde bei dem General vorgebracht werden. Die Beamten und Angestellten
der Stadt hellten zum Protest gegen die
Verhaftung des Oberbürgermeisters die Arbeit
auf 24 Stunden ein. Die Organisationen
des Handels und der Wirtschaft, ihre
Genossenschaften während des Proteststreiks des Beamten
ebenso wie diejenigen der Arbeiter
wurden zu verhindern, die gegen die Besetzung
erfolgt, eine Bekanntmachung der französischen
Behörden zu veröffentlichen, die dazu bestimmt war,
die deutsche Besetzung durch Strafandrohung in
ihren getreuen und mit fiedlichen Mitteln durch-
gestrichen Abwehr gegen die Gewaltspolitik der
Besetzung schwankend zu machen.

Weil sie ihre Pflicht taten.

Wiesbaden, 19. Februar.

Der Oberpostdirektor Froh und Telegrafen-
inspektor Hamel wurden vom französischen
Kriegsgericht in Mainz wegen Spionage
zu drei Monaten beziehentlich 14 Tagen Ge-
fängnis verurteilt. Nach der Anklage hatten
die beiden Beamten ein Telegramm über
Truppenverschiebungen im besetzten Gebiete
an ihre vorgesetzte Behörde in Frankfurt
weitergegeben. Die Gerichte müssen die
Strafe ohne Aufschub antreten.

Neue Verordnungen Degouttes.

Düsseldorf, 20. Februar.

General Degouttes hat in einer Verordnung
die bereits am 31. Januar und
2. Februar d. J. erlassenen Ausführungsverboten
auf Güterschlafzüge, Halb- und Reckenfahrzeuge
sowie Fabrikzüge aller Art ausgedehnt.
Die Lebensmittelabfuhr wird bis auf
weiteres bestehen bleiben. Ein Erlass des Kom-
mandierenden Generals wird die näheren Ver-
ordnungen festlegen.

General Degouttes hat folgende Verordnung
über die Sperrung etwa erbauten, oder
im Bau befindlichen Schiffsgerätes er-
lassen. Artikel 1 besagt: Das schon erbaut oder
im Bau befindliche Schiffsmaterial, das den ver-
bündeten Mächten gehörte, verbleibt

verhaftung auszuliefern ist, wird bis auf Weiteres
aufzuhören. Artikel 2: Die französischen und
belgischen Schiffahrt- und Übernahmekommissionen
sind mit der Ausführung dieser Verordnung be-
auftragt, soweit ihre Zuständigkeit reicht. Zu
Artikel 3: Bußgeldstrafen gegen diese Ver-
ordnung werden mit Geldstrafen von 100 000 000
Mark und Gefängnis von zwei Jahren oder mit
einer dieser Strafen geahndet. Die Verordnung
steht sofort in Kraft.

Scharfe Kritik Sarrais an Poincarés Politik.

Copenhagen, 19. Februar.

"Politiken" veröffentlicht den Inhalt einer
Unterredung, den der Pariser Mitarbeiter des
Blattes mit dem französischen General
Sarrai, dem früheren Oberkommandierenden
der alliierten Truppen im Orient, über die Ruhr-
politik Poincaré hatte.

Sarrai sagte u. a.: Ich habe den Eindruck,
dass die Politik unserer Regierung im
Ruhrgebiet und am Rhein uns für
immer des Rufes des Edelmanns be-
rauben wird, den unsere Traditionen seit der
großen Revolution und unsere Haltung im Kriege
uns in den neutralen Ländern verhaftet.
Ich würde mich freuen, wenn ich die öffentliche
Meinung in Dänemark darüber aufklären könnte,
dass es in Frankreich neben den Bewundernden
und Betrübigen Poincaré auch Männer gibt,
die dieser Politik nicht folgen und den Weg der
gesunden Vernunft, d. h. den Weg der interna-
tionalen Versöhnung beschreiten wollen.
Besser als ich erzählen die Tatsachen, die der
Widerstand der Besetzung darstellen, die der ehr-
geizige Traum Poincarés war. Höchstwah-
rscheinlich werden durch die Ruhrexpedition
die Reparationen nicht gesichert.
Das einzige Sicher, was das Unternehmen und
eindringt, sind die Kosten. Geld für den Fall
des Nachgebens Deutschlands würden wir keine
Begütigung erhalten. Die Reparationsfrage
ist nicht nur eine deutsch-französische. Sie ist in
rechter Beziehung eine interalliierte, ja
eine internationale.

Sarrai befürchtete, dass der Vorschlag
Brantings, die Ruhrfrage dem Völker-
bund zu unterbreiten, abgewiesen würde, da
dieser die einzige mögliche Basis hätte, und
scheiterte.

Dass man Deutschland noch immer
nicht in den Völkerbund aufnimmt, ist
eine Absurdität. Die Geschwäche lehrt uns,
dass alle Völker ihren Verpflichtungen nicht nach-
kommen wollen. Mag der französische Staat in
einer Reihe sein Gewissen befragen. Frank-
reich schuldet den Alliierten, begibt aber
weder Zinsen, noch macht es eine Ab-
zahlung. Warum werden wir und nicht an
den Völkerbund? Dieser Schritt kann doch un-
möglich schlechtere Ergebnisse haben, als die,
welche sich aus der Ruhrexpedition ergeben werden.
Unsere Soldaten stehen in Essen, Dortmund und
Bremen. Wir haben dabei ganz Europa gegen
uns. Tausend und aber tausend Tonnen
Kohlen, die Poincaré uns versprochen
hatte, bleiben aus. Die Arbeiter im Ruhr-
gebiet streiken und weigern sich, unter unserer
Leitung die Arbeit aufzunehmen. Das sind die
Ergebnisse unseres Versuchs, einen Druck durch
Macht auszuüben. Wir haben den Fehler be-
gangen, uns Ruhrgebiet einzubeziehen, und lassen
Gesetze, von England verlassen, von
ganz Europa gehaßt, von Deutschland

für den, der mit Lachen handelt, kommt es
darauf an, herauszufinden, wie er die meisten
Menschen zum Lachen bringt.
Aber will ich den Hauptgrund nennen, warum
die Mutual Corporation mit jährlich 670 000
Tollars zahlt. Unser Druck ist, so scheint, nicht
wohl das, aber nicht. Meine Arbeitgeber
hatten in kurzer Zeit ihr Geld wieder zurück. —
Ich bekam dieses Gehalt nicht deshalb, weil ich
nur den Amerikaner zu unterhalten verfüge,
sondern, weil das, was die Amerikaner zum
Lachen bringen, auch die Chinesen lachen mögl.,
weil es den ganzen Yang-Tse entlang die Tächer
von ungähnlich schimpflichen kleinen Theatern er-
füllt; weil es an dem feierlichen Japaner die
humoristische Ader erfüllt, dem Türken in Kon-

für immer verabschiedet zu werden. Diese Gefahr ist jetzt zur Tatsache geworden. Und so wagt Poincaré noch, von Gräben zu sprechen, wenn es sich um den Völkerbund handelt? Gegen eine solche Auffassung müssen wir diese Front machen.

Ewig im Abwehrkampf.

Dr. Wirth über die politische Lage.

Stuttgart, 19. Februar.

Auf dem Kreisparteitag der schwäbischen Zentrumspartei in Ulm sprach der frühere Reichsstaatsrat Dr. Wirth über die gegenwärtige Lage und ging dabei auf die Kritik ein, die seine Partei innerhalb und außerhalb der Parteien erfahren hat. So sagte er u. a.:

Der 13. November v. J. war ein erfreulicher Tag, weil alle Parteien mit der Note an die Reparationskommission einverstanden waren. Wir haben den Gewaltstreit der Alliierten beantwortet mit dem Erfolgen in der großen Linie der englischen Politik: Friede in Europa. Damit haben wir den ehrlichen Willen zu Leistungen bestanden. Aus der Geschichte der Friedensverträge geht hervor, daß die Siegenden immer zahlen mußten. Städte hat auch im Oktober erfüllt, auch wenn Deutschland einiger gewesen wäre, hätte es doch Frankreich aufbauen müssen. In Europa habe Lloyd George ihm erfüllt, ohne Politik der Leistungen wäre Deutschland in Süden gerissen worden. Und Hardenberg und Stein's Politik vor hundert Jahren war eine Politik der Leistungen, wie man solche gar nicht großartiger denken kann. Hätten die Industriekreise die Politik Wilhelms schon im Jahre vorher unterstützt, ständen wir wohl vor anderen Situationen. Dr. Wirth ging dann auf die Frage, wie die Politik weiter zu machen sei, ein. Die Regierung Euno bat die Politik der Erhaltung nicht verlassen, wohl aber vertieft und erweitert. Schwierigkeiten durch ihre nicht gemacht werden. Unter Ungleich war, doch immer in kritischen Augen die Russenschieber kamen und die Regierung strengten. Die Oberbeauftragte war die unbeständigkeit, die man sich denken kann. Was die Regierung tut, um den Abwehrkampf zu organisieren, muß untersucht werden. Nur wenn sie dies nicht genug tut, darf die Kritik ein gehen. Ein Wörter ist es, zu behaupten, ich hinderte diese Arbeit. Im Abwehrkampf müssen wir einig hinunter der Regierung stehen, von Konstanz bis zum Rhein und von Konstanz bis nach Königswinter. Monate wird es noch dauern, bis die Welt einschreiten wird, das unser Wille zum Aufbau ehrlich war.

Der heutige Abwehrkampf muss mit moralischen und materiellen Mitteln universell werden. Das ist ein Pflichtgebot für alle, die Freiheit haben. Die Stunde ist da, wo die Bürgerlichen ihre bürgerliche Regierung mit Werken unterstützen müssen. Tun sie das nicht, dann ist der Abgang der bürgerlichen Regierung eine Niederlage der bürgerlichen Gesellschaft. Der Sinn dieses neuen Krieges ist die Erziehung des Willens zur Verständigung. Wenn der Zeitpunkt dazu da ist, muß die deutsche Regierung entscheiden. Der Gedanke, und zu verhindern, mit einem ehrlichen Gegner, was in uns immer lebendig ist, am Ende ist eine Schande für eine gesittete Nation, wie Frankreich politische Pläne haben bis jetzt eine Verständigung verhindert. Will das leidende Frankreich eine Verständigung,

so kann es sie morgen beginnen. An der Spitze meiner Politik stand: Durch Arbeit zur Freiheit. Poincaré hat geantwortet: Durch die Gewalt. Wir entgegnen: Wir sind willig zu arbeiten, sondern eher: Gibt dem deutschen Volke sich die Möglichkeit, daß es in Freiheit unter freiem Himmel das leisten kann, was ihm möglich ist. Es werden schwere Zeiten kommen, doch verzagen wir nicht! Die Hände regen und den Gewalten der Soldaten der Völker trotzen. Die Verständigung versuchen — Kampf der Gewalt! das ist die Parole unserer Politik. Darum vorwärts, aufwärts, in neuer vorwärtslicher Arbeit!

Polnisch-litauischer Konflikt.

Artillerie in Tätigkeit.

Warschau, 19. Februar.

Die Teilung des neutralen Streifzugs bei Wilna zwischen Polen und Litauen hat eine erstaunliche Wendung genommen. Litauen hatte den ihm zugewiesenen Teil überhaupt nicht besetzt, vielleicht in der Absicht, Polen zu einem Vorstoß auf dieses Gebiet zu veranlassen und so der anderen Partei die Initiative für den Angriff zu erschließen. Polen hielt sich jedoch streng innerhalb der Grenzen d. s. ihm zugewiesenen Teiles. Litauen scheint nun ernsthaft den Kampf um die nördliche Strecke der Bahnhöfe Grodno-Wilna ins Auge zu haben, ohne sich dessen zu erinnern, daß der Kampf der Seite um Hitler, zu denen auch die Stahlhelm-Scharen gehören, in dieser Linie den "Kampf der Freiheit" gesehen gilt. Herr v. Knilling redete von der Einheit vorwärts zur Widerstandsbefreiung. Doch jetzt die Widerstand betreibenden Freischäfer durch reguläre Militärs erlegt, und auch Polen konzentriert nun seine Truppen auf Bialystok. Auf beiden Seiten trat vereit Artillerie in Tätigkeit, wobei, nach polnischer Darstellung, die Litauer begannen. Litauen scheint jedoch entschlossen, bei dieser Gelegenheit die Wilna-Frage wieder aufzutrollen, denn in seiner Sicht an den Völkerbund, in der es gegen die Teilung des neutralen Streifzugs protestiert, bestand Litauen, daß erst die RSD der Wilna-Landes an Litauen die Aufnahme der Beziehungen zwischen Litauen und Polen möglich mache. Minister Sikorski lädt durch die Presse erklären, Litauen bedrohe nun, nach dem russischen Auseinanderfall aus Russland, wiederum Europa mit einem neuen Krieg, wobei, wie gewöhnlich Königsberg und Danzig in das gleiche Horn wie Litauen läuten. Polen sei imstande, in kürzester Zeit diesen litauischen Teilbereich ein absolutes Ende zu machen. In maßgebenden litauischen Kreisen ist man sicher, den Konflikt isolieren zu können, da keinesfalls jetzt mit einem Eingreifen Russlands gerechnet wird.

* * *

Paris, 19. Februar.

Die heutige litauische Gesellschaft teilt mit, daß reguläre politische Kräfte in litauisches Gebiet eingedrungen seien. Die Polen hätten, nach Bekämpfung der neutralen Zone von Wilna, die litauische Grenze überschritten und die dort befindlichen litauischen Detachements angegriffen. In dem Kampfe habe es bereits mehrere hundert Vermordete und zahlreiche Tote gegeben. Die Regierung von Litauen hat telegraphisch beim Völkerbund protestiert und ihn ermahnt, die im Völkerbund-Patent vorgesehenen Maßnahmen zu treffen, um eine weitere Ausbreitung des Konflikts zu verhindern. Die Partei Gründer geben dies unter Vorbehalt und mit dem ausdrücklichen Hinzuflügen wieder, daß an den zuständigen Stellen bisher keine Beurteilung vorliegt.

Zentral-Reichen (Central Empires) aufweisen.

Wir, die Musiker von Amerika, müssen helfen und jetzt helfen. Wir, die Diener des Schönens und Ewigen, wissen, daß die Kunst das Zentrum und das Herz des Lebens ist und keine Geographie und Nationalität kennt. Unsere Brüder sterben vor Kälte und Hunger ihre Arme traurig und schaudern nach und aus. Es ist nicht nur unsere Pflicht (duty), es ist unser Recht (privilege), es zu tun. Ab i wir mithelfen sofort helfen.

Jeder Dollar rettet ein Leben — das Leben eines armer Kindes. Rette Dein Leben heute! Sende Deinen lebensrettenden Beitrag an

Giessbach, Schatzmeister,
G. M. U. & Sons, New York.

Unterzeichnet ist der Aufruf: Auto-German Musician's Relief Fund. Unter den Namen des Komitees begegnet man den namhaften amerikanischen und in Amerika wirkenden europäischen Künstler. Für das in Europa zu bildende Komitee ist als Vorsitzender Prof. Wilhelm Matthes-Balduin W 62 (Mittelstraße 24) besteuert. D. S.

Opernhaus. (Erich W. Korngolds „Tote Stadt“). Als zweite und letzte Vorstellung bot uns gestern Erst Eindeutlein den Heiden dieser Oper. Man sond durchaus die nach dem ersten Auftritt gewonnenen Eindrücke bestätigt. Der Sänger hat sich in seiner mehrjährigen Bühnen-tätigkeit ganz in der Richtung entwidelt, in der seine Begabung liegt. Er besitzt keine eigentliche ursprüngliche dargestellte Veranlagung, aber was man durch Klugheit und Fleiß erreichen kann, das hat er erreicht. Wahrscheinlich ist es mit seiner Stimme und seinem Gesang. Jene hat sich, wie man sagt, durchgesungen, so, daß sie qualitativ auch die größere räumliche Verhältnisse anstrebt. Die Art feines Eingangs aber ist im Wesentlichen die alte geblieben. Zu wenig Ausbildung auf das reine Tonliche, die Höhe ohne die benötigte Kopffrequenz, um sich freier entfalten zu können. Jedem ist eine Kraft, die an geeigneter Stelle immer und mit Recht ihre anerkennende Bewertung finden wird. D. S.

Vollsympphonie-Konzert. Man lernte im Rahmen dieser Veranstaltung gestern eine junge sympathische Pianistin kennen, die aus Fehlings Schule kommt. Aber — quod omnia demonstrandum — Dresden bildet auch seine Leute. Stephanie Schehatowitsch, Russin und in Amerika erzogen, entwippte sich als ein in erstaunlichen Weise begabtes forsch pianistisches Talent. Sie spielte mit jenem Elan, auf den es bei Werken von der Art der Konzerte von Rimsky-Korsakoff ankommt, und entwippte dabei eine bereits als brillant zu bezeichnende Technik. Dazu gehörten sich Temperament und Kraft. Willy Rane, dem Dirigenten des Rhenda, wird man die Anerkennung nicht versagen können für seine Begleitung der angehenden Carenno. Den Abend hatte er eröffnet mit dem schmäßigen Carnaval-Ouvertüre von Dvorák, und als Hauptwerk hatte er die Brahmsche Dreiteile angelegt, die man eben erst im Opernhaus gehört hatte. Der junge Dirigent, der sich in hohem Grade der Schönung seiner Kapelle erfreut, wurde berechtigt zu einem reichen Beifall bedacht. D. S.

Belys Werner f. Am Sonntag ist, an den Folgen einer Operation, der bekannte Dresdner Pianist Belys Werner im Alter von 36 Jahren hier gestorben. Werner, der, bereits in ganz jungen Jahren, dem Schülertyp des Dresden-Konservatoriums angehörte, hatte sich, vermöge seiner ungewöhnlichen technischen Brillanz, in vielen deutschen Städten, darunter auch in Berlin, einen guten Namen als Klaviervirtuose erworben. In den vorherigen Jahren war er als Professor des Klavierspiels nach Griechenland berufen worden. Nach seiner Rückkehr konzertierte er in Italien, bis er an einem Gallenleiden erkrankte, dem er jetzt zum Opfer gefallen ist.

Die Ausgrabung der altägyptischen Kultur. Die italienische Regierung hat, wie aus Rom berichtet wird, die Kinder von San Adeliano ausgeholt, die auf der Stelle des alten Sennachasius immer und mit Recht ihre anerkennende Bewertung finden wird. D. S.

Die Siegesfeier des Stahlhelms.

Herr v. Knilling als Redner.

München, 19. Februar.

Die bayerische Regierung ist zwar am 27. Januar vor den Drohungen Hitlers zurückgetreten. Aber man durfte doch vielleicht die Hoffnung hegeln, daß sie aus den unverschämten Provokationen dieses „Führers“ und seiner Banden die Erkenntnis schöpfen würde, daß es für sie durchaus nötig sei, die Gesellschaft zu meiden. In diesen Erwartungen ist jeder Gütglüdige heute schwer enttäuscht. Unter den Organisationen, die auf Grund des Gesetzes zum Schutz der Republik verboten wurden, befand sich auch der Bund „Stahlhelm“. Vor einigen Tagen wurde das Verbot gegen ihn aufgehoben.

Bei der ersten Versammlung — „Siegesfeier“? — die dieser Bund, nach der Aufhebung des Verbots, in München veranstaltete, ließ es sich der bayerische Ministerpräsident, Herr v. Knilling, nicht nehmen, in höchsteifer Perior und in Begleitung eines Finanzministers zu erscheinen. Ja, noch mehr! Wie seinerzeit in der großen Kundgebung, in der Hitler und Ludendorff redeten, so nahm auch hier der Ministerpräsident das Wort zu einer Ansprache. Herr v. Knilling redete von der Einheit vorwärts zur Widerstand des französisch-deutschen Einheitsbundes, ohne sich dessen zu erinnern, daß der Kampf der Seite um Hitler, zu denen auch die Stahlhelm-Scharen gehören, in dieser Linie den „Kampf der Freiheit“ gesehen gilt. Herr v. Knilling redete Vertrauen für die gegenwärtige Reichsregierung, insbesondere für Herrn Euno. Es gelte heute mehr als je, warmes Herz und tüchtig Kopf zu bewahren. „Noch müssen wir so manches Bittere hinterklauen und die Zähne zusammenbeißen. Nicht immer alles herausfinden, was wir im Inneren empfinden, aber immer davon denken.“ Herr v. Knilling hat zu diesen geheimnisvollen Worten keinen Kommentar gegeben. Man weiß also nicht, was er, wohl aber weiß man, was die „Stahlhelm“-Leute im Innern empfinden. Goll man aus der Tatsache, daß der Ministerpräsident vor dem „Stahlhelm“-Leuten von dem redete, was wir empfinden, den Schlag ziehen, daß er in seinen Empfindungen mit ihnen vollständig ist?

Der bayerische Ministerpräsident sollte davon denken, welchen ungeheuren Schaden seine Regierung, durch das Zurückwünschen vor den Hitler-Leuten, verursacht hat, welche große Veränderung es unter den im Kampfe gegen die feindlichen „Erzfeinde“ befindenden Bürgern erfordert. Das neuere Bekanntnis des führenden bayerischen Staatsmannes wird weder die Einheitsfront noch den Abwehrwillen der Bürgerbevölkerung stärken. Was sagt übrigens Herr Euno dazu, daß der Führer des zweitgrößten Landes bei Geheimbündlern um Vertrauen für ihn wirbt?

Während nun der bayerische Ministerpräsident die Bürgern auffordert, der Reichsregierung zu vertrauen, sieht die bayerische Radaufsicht in der wichtigsten Weise den Kampf gegen die Reichsregierung fort. Am 16. Februar brachte der „Wiesbacher Anzeiger“, aus Anlaß der Wahl des Reichspräsidenten nach Süddeutschland, einen Artikel unter der Überschrift „Genossen über!“, dem wir folgende Stelle entnehmen:

„Vorwärts nach aussterbenden Tieren und Pflanzen. Der Biologe der letzten Shackleton-Expedition Kapitän H. G. Wills unternimmt jetzt eine neue Expedition nach dem tropischen Australien im Auftrag der naturwissenschaftlichen Abteilung des Britischen Museums. Seine Aufgabe besteht darin, Pflanzen und Tiere, deren Auferstehen man befürchten muß, zu erledigen und für die Wissenschaft zu retten. Das Hauptzielgebiet, das ihm reichen Stoff liefern wird, ist das Land, das im Innern des Berglandes liegt, der sich von Villoria zur Torrestraßre erstreckt. Die Expedition wird zwei Jahre in Australien bleiben. Nach ihrer Beendigung hofft Wills eine neue Südpolreise anzutreten.“

Neuentdeckte Vogel. Bei der wissenschaftlichen Schätzung der Sammlungen der Shackleton-Ronett-Expedition, die jetzt im Britischen Museum für Naturgeschichte vorgenommen wird, hat man unter der großen Masse seltsame Vögel, Blumen und Tiere zunächst einmal zwei neue Sandvogel festgestellt. Das eine ist eine Amazoneart, die den Namen „Rowettia“ erhalten hat. Das Tier kommt von der eisernen Gough-Insel, die noch abgelegener als Tristan da Cunha ist, und stellt sich als ein kleiner Weißkopf dar, auf dem Rücken dunkelrot eingefärbt, auf der Brust却 rot. Man nimmt an, daß dieser Vogel eine Artloge für sich bleiben wird. Eine andere Neuentdeckung in der Vogelwelt ist eine Art Vireo von der Neukaledonien-Insel. Es ist zweifelhaft, ob dieser

„Bene loquasti, pater Sebastian! — aber ins Berliner Deutsch übersetzt: Du hast gut gebaut, Sohn!“

Schade, Freiheit, daß Du diese Worte pro patria, ist gleich für das Vaterland, um ganze Vierthalb Jahre zu spät improvisiert hast. Vergiß nicht, Brüder über, daß Du und Deine Mitarbeiter vorbereitet und geschafft habt, was Deutschland heute erträgt. Du und Deine Freunde haben, im Grunde genommen, kein Recht zur Freiheit. Ihr habt — wenn nicht gewollt — gescheitert, was heute ist.

Ich will Deiner langsam forschenden Erkenntnis zu Hilfe kommen und Dich schenken machen. Vielleicht findest Du, wenn das deutsche Volk zum Himmel schreit, und Hitler und Mussolini und Bourgeois darin in Atem zusammenstoßen, daß der Führer durch Leben wandelt, vielleicht lage ich, finde ich den Mut, Dich und die Genossen anzuladen, dieses namenlose Werk über Deutschland herauftauchen zu haben.

Vielleicht, daß und endlich der Knopf angesetzt, Freiheit! Deine Kuckucks-Philippine läßt lies blühen. Sie gibt zu denken. Für den, der zwischen den Zeilen lesen kann, ist es ein glänzendes Gesandtnis.“

Wir erwarten nicht, daß die bayerische Regierung das Gesetz zum Schutz der Republik anwendet, um gegen die Schmierläden vom „Wiesbacher Anzeiger“ vorzugehen. Von der Reichsregierung aber verlangen wir, daß sie nicht nur im Interesse des Ankers der deutschen Republik und des vom deutschen Volke gewählten Staatsoberhauptes, sondern vor allen Dingen im Interesse einer erfolgreichen Durchführung des Kampfes um das Ruhrgebiet ihrerseits Maßnahmen trifft, um dem bayerischen Reichsleiter endlich einmal das Handwerk zu legen. Die deutsche Arbeiterschaft wird es auf die Dauer nicht ertragen, daß man den aus ihren Reihen hervorgegangenen Reichspräsidenten in dieser Weise mit Dred bewirkt, ohne daß auch nur einer der Gesetzestypen angewendet wird, der es ermöglicht, diesem Zustand ein Ende zu machen.

Rößbach geht um?

Nationalsozialistischer Spuk in Altona. Hamburg, 19. Februar.

In der Nacht zum Sonntag ist im Hotel „Rajethof“ in Altona eine Geheimversammlung der Nationalsozialisten, in der Rößbach sprechen sollte, von der Polizei aufgehalten und Rößbach sowie vier andere Hörer der Bewegung verhaftet worden. Die Versammelten trugen zum großen Teil Uniformen und waren mit Handsägen bewaffnet. Es wird gegen die Führer ein Strafverfahren eingeleitet werden. Rößbach hat auch die Altoner Verbände bei Rößbach eine Bedrohung geahnt und Fackelverbund als nicht vorliegend erachtet und ihn wieder aus der Haft entlassen.

Rößbach wurde im Herbst v. J. schon einmal in Berlin verhaftet, dann aber, unvergeltlicherweise, wieder freigelassen. Diesen Schändlichenweise der Republik hat er mit einer wütenden Heftigkeit gegen die Regierung und Umsturzdrohungen beantwortet. Am 23. November erklärte er, ähnlich der vierten Jahreszeit der Sturmabteilung Rößbach in München aus Obstruktion werden werde ein zweites Bayern erwerben, man werde „eine große einheitliche Reichsorganisation“ schaffen, „die endlich mit dem

Bogel nur eine neue Tiere oder eine neue Tierklasse verkörpern. Der dritte Bogel, der sich darüber nicht recht in eine der vorhandenen Klassen hat einsetzen lassen, ist ein dresdnerliches Tier, das auf den Löwen, Insekten und Insektenfressern und vielleicht ein entzückendes Schmetterling ist. Rößbach wird gegen die Führer ein Strafverfahren eingeleitet werden. Rößbach hat auch die Altoner Verbände bei Rößbach eine Bedrohung geahnt und Fackelverbund als nicht vorliegend erachtet und ihn wieder aus der Haft entlassen.

Sächsische Kunstabteilung zu Dresden. Deutsches Kulturbund, die ihre vierjährige Karriere noch nicht eingelöst haben, werden gebeten, dies in den allmählichen Tagen zu tun. Ab Anfang März werden noch nicht eingelöste Karten durch Boten oder durch die Post eingezogen werden und zwar zu Kosten des Mitglieders. Wer jahrlang die entsprechenden erledichten Kosten einzuprägen will, tut also gut, sofort zu zahlen und möglichst weitläufig zwischen 10 und 4 Uhr.

Musiknotizen. Die Aufführung der Großen Philharmonischen Konzerte ist gewünscht, eine Erhöhung auf die Abonnementstypen für die noch Rätselnden die Konzerte einzutreten. Die Abonnenten werden gebeten, die seitigen Blätter gegen Abonnementung der Abonnementstypen an der Billettotheke H. Ries, Seite 21, bis Sonnabend den 24. Februar zu entrichten. Nicht abgezahlte Karten haben keine Gültigkeit mehr.

Theaternotizen. Sächsische Staatstheater. Opernhaus. Donnerstag, am 22. Februar: „Martha“ mit Lied von Schub (Lady Macbeth), Iago Dowd vom Deutschen Opernhaus in Charlottenburg (Hornel, als Gast).

Am 2. März d. J. findet im Gewerbehause ein außerordentliches Konzert der musikalischen Kapelle unter Leitung des Generalmusikdirektors Carl Busch und unter Mitwirkung des Pianisten Franz Wagner statt. Der Eintrittspreis für die Wochentypen der musikalischen Kapelle bestimmt. Bei d. m. Konzert werden nur die Dienststellen-Mitglieder der Kapelle mit. Um Wiederaufnahmen vorzubereiten, wird ausdrücklich bemerkt, daß der Spielplan der Staatstheater in keiner Weise beeinträchtigt wird.

Schauspielhaus. Mittwoch, den 21. Februar das Lustspiel „Die Journalisten“ von Gustav Freytag. Aufzug 7 Uhr.

Amtlicher Teil.

Weitere Ausführungsbestimmung zum Reichsgesetz über die Fleischversorgung vom 18. April 1922

(RGBl. Teil I Seite 460).

Der § 4 der Ausführungsbestimmungen des Wirtschaftsministeriums vom 15. Juli 1922 (Nr. 167 der Sächsischen Staatszeitung), abgeändert durch Abschnitt II der weiteren Ausführungsbestimmungen vom 28. November 1922 (Nr. 278 der Sächsischen Staatszeitung) erhält folgende Fassung:

Zur die Schlachtwirtschaft: wird der Handel nach Lebendgewicht und der Schlachteinzwang dieser jedoch nur für Kinder und Schweine angeordnet. Der Schlachteinzweck ist in 2 Stufen vom Verkäufer auszuholen und vom Käfer mitzutexten. Die Ausstellung hat spätestens bis zum Abtrieb des verkauften Tieres zu erfolgen. Geschäft, über die bis dahin kein Schlachteinzweck gestellt worden ist, werden unzulässig; Vereinbarungen, die der Schlachteinzweck nicht enthalten, sind ungültig. Die Schlachteinzwecke sind festgesetzt.

Die eine Ausführung des Schlachteinzwecks ist dem Käfer auszuhändigen und von ihm beim Abtrieb des geflossenen Schlachtetiers nach näherer Ausstellung des Schlachthofverwaltung an diesen Beauftragte zwecks Weiterleitung an die Viehpreisprüfung abzugeben. Die andere Ausführung hat der Verkäufer mindestens 1 Jahr lang aufzubewahren und auf Verlangen den mit der Preisüberprüfung beauftragten Behörden und den Ortsbeauftragten vorzulegen.

Für den Schlachteinzweck wird das angeflossene Muster mit der Überschrift „Verkaufs- und Schlachteinzweck für Schlachtwiehmärkte“ vorgezeichnet. Schlachteinzwecke nach diesem Muster mit Reihen- und Nummernbezeichnung sind nur von der Buchdruckerei der Wilhelm- und Bertha v. Boenisch-Stiftung in Dresden zu beziehen. 233 b VE 3

Dresden, den 29. Februar 1923. 10462

Wirtschaftsministerium, Abt. Landwirtschaft.

Reise: ... Rt.: ...
Verkaufs- und Schlachteinzweck für Schlachtwiehmärkte.

Ich verlaufe heute — im Auftrage von ...
an ...
in ...
Tierhaltung ...
n. Stückzahl ...
Lebendgewicht: ...
Preis für 50 kg: ...
Nett und Bruttog: ...
Haushalt des ...
Verkäufers Käufers

Terug der Schuhmacher-Zwangszinnung
für Schwarzenberg und Umgebung wird auf Beschluss ihrer Zusammensetzung und nach dem Ergebnis der noch § 100a der Gewerbeordnung abgeleiteten Gesellschafterverfahrens mit Wirkung vom 1. März 1923 ab auf die Landgemeinden Rauschau, Mittelgrün, Mittwoda und Markersbach aufgedeilt.

Zwickau, 15. Februar 1923. Die Kreishandelsmannschaft.

Die 4. Klasse der 182. Sächsischen Landeslotterie wird am 7. März 1923 gezogen. Die Gewinnung der Lose ist nach § 5 der Bestimmungen noch vor Ablauf des 26. Februar 1923 bei dem Staatslotterie-Einnehmer, dessen Name und Wohnort den Losen aufgedruckt und aufgestempelt ist, zu bewirken. Wer dies versäumt oder sein Los von dem Staatslotterie-Einnehmer vor Ablauf des 26. Februar 1923 nicht erhalten kann, hat dies nach dem angegebenen § 5 des Verlust aller Ansprüche an das gespielte Los der Lotteriedirektion noch vor Ablauf des 3. März 1923 unter Beiliegung des Loses der 3. Klasse und des Gewinnungsvertrages von 50 M. für jeden Schnitt-Abschnitt (nach dem abgedruckten Plan 4. und 5. Klasse 182. Lotterie) sowie eines Bezeichnungsschildes von 200 M. für Post und Berg, anzusegnen. Jeder Spieler eines Teilstoßes hat zur Vermeidung von Nachstellen darauf zu achten, dass das vom Staatslotterie-Einnehmer ihm ausgebürgerte Gewinnungsschild den selben Unterzeichnungsabdrücken trägt wie das Vorstehende. Nur die angehobenen Staatslotterie-Einnehmer und deren Geschäft sind zum Verkauf von Losen der Sächsischen Landeslotterie befugt. Jeder Staatslotterie-Einnehmer ist verpflichtet, die von ihm auszugebenden Lose auf der Vorderseite rechts mit dem Abdruck eines Stempels, der seinen Namen und Wohnort angibt, zu versehen, da der Mangel eines solchen Abdrucks die Ungültigkeit des Loses zur Folge hat. 10449

Leipzig, 19. Februar 1923. Die Lotteriedirektion.

In dem Konkursverfahren zum Vermögen der Clara Ehre verehel. Güter geb. Förster im Aus, der ältesten Inhaberin der Firma Paul Förster, dagegen, hat die Gemeinschaftsholding die Sicherstellung des Verfahrens infolge voller Besiedlung der Gläubiger durch ihren Chemnitz Paul Förster entzogen. Der Antrag und die zustimmenden Erklärungen der Konkursgläubiger liegen auf der Gerichtsschreiber zur Einsicht der Konkursgläubiger aus. Diese können binnen einer mit der vorliegenden Bekanntmachung beginnenden Frist von einer Woche Widerruf gegen den Antrag erheben. Am 8. Februar 1923. 10456

aus § 5 des heutigen Genossenschaftsregister, die Konkursgenossenschaft für das Gläubital, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Grünhainichen, betr. ist heute eingetragen worden, dass der Gewerkschaftsbeamte Franz Morgenstern in Leubsdorf aus dem Vorstande ausgeschieden ist und der Geschäftsführer Max Spiegel und der Fabrikarbeiter Emil Mizbach, beide in Grünhainichen, zu Mitgliedern des Vorstands bestellt worden sind. 10457

Amtsgericht Augsburg, 14. Februar 1923.

Auf Blatt 8764 des Handelsregisters ist heute eingetragen worden die Firma Otto Möhig Aktien-Gesellschaft in Siegmar. Der Gesellschaftsvertrag ist am 27. Dezember 1922 abgeschlossen. Gegenstand des Unternehmens ist der Groß- und Kleinhandel mit Getreide, Futter- und Drogenwaren sowie die Beteiligung an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen, besonders der Erwerb und die Beteiligung von solchen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Grundstücke zu erwerben und Baulandbesitzungen im Innern und Ausland zu errichten. Das Grundkapital beträgt zwei Millionen Mark; es zerfällt in 200000 Aktien zu je 10000 Mark. Die Ausgabe der Aktien erfolgt zum Nennwert. Jede Stammaktie im Nennwert von 1000 M. gewährt eine Stimme; jede Vorzugaktie im Nennwert von 10000 M. gewährt im Regelfall 10 Stimmen, jedoch 60 Stimmen bei Beschlussfassung über Wahl und Abberufung des Aufsichtsratsmitglieder, Erhöhung und Herabsetzung des Stammkapitals und Einziehung von Aktien, Beteiligung an einem anderen Unternehmen und Aufnahme und Erwerb eines solchen, Einziehung einer Unternehmengemeinschaft in irgend einer Form mit anderen Unternehmen oder Eintritt in die Selbständigkeit der Gesellschaft, Änderung des Gegenhauses der Gesellschaft, Veräußerung des Gesellschaftsvermögens mit oder ohne Liquidation, die in §§ 303-307 des Handelsregistergesetzes geregelten Angelegenheiten, soweit sie nicht bereits erwähnt sind, Befreiung des Sitzes der Gesellschaft. Der Vorstand besteht nach der Bestimmung des Aufsichtsrats aus einer oder mehreren Personen. Befehl der Vorstand aus meisteren Personen, so wird die Gesellschaft durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch einen Vorstandsmittel und einen Prokuristen vertreten. Der Aufsichtsrat ist jedoch ermächtigt, einzelnen Vorstandsmitgliedern die Befugnis zur Alleinvertretung der Gesellschaft zu erteilen. Zum Vorstand ist bestellt der Kaufmann Erwin Oskar Melchior in Chemnitz. Gesamtprotokoll ist erteilt dem Ingenieur Erich Haas in Erfenschlag. Es ist beugt, die Gesellschaft gemeinschaftlich mit einem Vorstandsmittel (ordentlichen oder stellvertretenden) oder einem anderen Prokuristen zu vertreten. 10444

Amtsgericht Chemnitz, Abt. E, 13. Februar 1923.

Auf Blatt 8560 des Handelsregisters, betr. die Firma Otto Möhig Aktien-Gesellschaft in Chemnitz, ist heute eingetragen worden: Die Ausgabe der Generalversammlung vom 15. Januar 1923 beschlossene Erhöhung des Grundkapitals um fünfundvierzig Millionen Mark auf vierzig Millionen Mark ist nunmehr auch tatsächlich der tatsächlichen zehn Millionen Mark erfolgt. Die Ausgabe dieser Aktien erfolgt zum Nennwert von 100 %.

Zum Vorstand ist bestellt der Kaufmann Erwin Oskar Melchior in Chemnitz. Gesamtprotokoll ist erteilt dem Ingenieur Erich Haas in Erfenschlag. Es ist beugt, die Gesellschaft gemeinschaftlich mit einem Vorstandsmittel (ordentlichen oder stellvertretenden) oder einem anderen Prokuristen zu vertreten. 10445

Amtsgericht Chemnitz, Abt. E, 16. Februar 1923.

Auf Blatt 8689 des Handelsregisters, betr. die Firma William Janssen Aktiengesellschaft in Chemnitz, ist heute eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der Generalversammlung vom 10. Januar 1923 in den §§ 2 und 20 abgeändert worden. Inhalt der Änderungen: Das Grundkapital von 700000 M. zerfällt in 660 Stück Namensverzugsaktien und 35 Stück Namensverzugsaktien, beide Aktien ausgestellt in Nennwert von je 10000 M. Jede Stammaktie ist bestellt dem Aufsichtsratsmitglied (ordentlichen oder stellvertretenden) oder einem anderen Prokuristen zu vertreten. 10446

Aufsichtsrat Chemnitz, Abt. E, 16. Februar 1923.

Auf Blatt 8689 des Handelsregisters, betr. die Firma William Janssen Aktiengesellschaft in Chemnitz, ist heute eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der Generalversammlung vom 10. Januar 1923 in den §§ 2 und 20 abgeändert worden. Inhalt der Änderungen: Das Grundkapital von 700000 M. zerfällt in 660 Stück Namensverzugsaktien und 35 Stück Namensverzugsaktien, beide Aktien ausgestellt in Nennwert von je 10000 M. Jede Stammaktie ist bestellt dem Aufsichtsratsmitglied (ordentlichen oder stellvertretenden) oder einem anderen Prokuristen zu vertreten. 10447

Aufsichtsrat Chemnitz, Abt. E, 16. Februar 1923.

Auf Blatt 8689 des Handelsregisters, betr. die Firma William Janssen Aktiengesellschaft in Chemnitz, ist heute eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der Generalversammlung vom 10. Januar 1923 in den §§ 2 und 20 abgeändert worden. Inhalt der Änderungen: Das Grundkapital von 700000 M. zerfällt in 660 Stück Namensverzugsaktien und 35 Stück Namensverzugsaktien, beide Aktien ausgestellt in Nennwert von je 10000 M. Jede Stammaktie ist bestellt dem Aufsichtsratsmitglied (ordentlichen oder stellvertretenden) oder einem anderen Prokuristen zu vertreten. 10448

Aufsichtsrat Chemnitz, Abt. E, 16. Februar 1923.

Auf Blatt 8689 des Handelsregisters, betr. die Firma William Janssen Aktiengesellschaft in Chemnitz, ist heute eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der Generalversammlung vom 10. Januar 1923 in den §§ 2 und 20 abgeändert worden. Inhalt der Änderungen: Das Grundkapital von 700000 M. zerfällt in 660 Stück Namensverzugsaktien und 35 Stück Namensverzugsaktien, beide Aktien ausgestellt in Nennwert von je 10000 M. Jede Stammaktie ist bestellt dem Aufsichtsratsmitglied (ordentlichen oder stellvertretenden) oder einem anderen Prokuristen zu vertreten. 10449

Aufsichtsrat Chemnitz, Abt. E, 16. Februar 1923.

Auf Blatt 8689 des Handelsregisters, betr. die Firma William Janssen Aktiengesellschaft in Chemnitz, ist heute eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der Generalversammlung vom 10. Januar 1923 in den §§ 2 und 20 abgeändert worden. Inhalt der Änderungen: Das Grundkapital von 700000 M. zerfällt in 660 Stück Namensverzugsaktien und 35 Stück Namensverzugsaktien, beide Aktien ausgestellt in Nennwert von je 10000 M. Jede Stammaktie ist bestellt dem Aufsichtsratsmitglied (ordentlichen oder stellvertretenden) oder einem anderen Prokuristen zu vertreten. 10450

Aufsichtsrat Chemnitz, Abt. E, 16. Februar 1923.

Auf Blatt 8689 des Handelsregisters, betr. die Firma William Janssen Aktiengesellschaft in Chemnitz, ist heute eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der Generalversammlung vom 10. Januar 1923 in den §§ 2 und 20 abgeändert worden. Inhalt der Änderungen: Das Grundkapital von 700000 M. zerfällt in 660 Stück Namensverzugsaktien und 35 Stück Namensverzugsaktien, beide Aktien ausgestellt in Nennwert von je 10000 M. Jede Stammaktie ist bestellt dem Aufsichtsratsmitglied (ordentlichen oder stellvertretenden) oder einem anderen Prokuristen zu vertreten. 10451

Aufsichtsrat Chemnitz, Abt. E, 16. Februar 1923.

Auf Blatt 8689 des Handelsregisters, betr. die Firma William Janssen Aktiengesellschaft in Chemnitz, ist heute eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der Generalversammlung vom 10. Januar 1923 in den §§ 2 und 20 abgeändert worden. Inhalt der Änderungen: Das Grundkapital von 700000 M. zerfällt in 660 Stück Namensverzugsaktien und 35 Stück Namensverzugsaktien, beide Aktien ausgestellt in Nennwert von je 10000 M. Jede Stammaktie ist bestellt dem Aufsichtsratsmitglied (ordentlichen oder stellvertretenden) oder einem anderen Prokuristen zu vertreten. 10452

Aufsichtsrat Chemnitz, Abt. E, 16. Februar 1923.

Auf Blatt 8689 des Handelsregisters, betr. die Firma William Janssen Aktiengesellschaft in Chemnitz, ist heute eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der Generalversammlung vom 10. Januar 1923 in den §§ 2 und 20 abgeändert worden. Inhalt der Änderungen: Das Grundkapital von 700000 M. zerfällt in 660 Stück Namensverzugsaktien und 35 Stück Namensverzugsaktien, beide Aktien ausgestellt in Nennwert von je 10000 M. Jede Stammaktie ist bestellt dem Aufsichtsratsmitglied (ordentlichen oder stellvertretenden) oder einem anderen Prokuristen zu vertreten. 10453

Aufsichtsrat Chemnitz, Abt. E, 16. Februar 1923.

Auf Blatt 8689 des Handelsregisters, betr. die Firma William Janssen Aktiengesellschaft in Chemnitz, ist heute eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der Generalversammlung vom 10. Januar 1923 in den §§ 2 und 20 abgeändert worden. Inhalt der Änderungen: Das Grundkapital von 700000 M. zerfällt in 660 Stück Namensverzugsaktien und 35 Stück Namensverzugsaktien, beide Aktien ausgestellt in Nennwert von je 10000 M. Jede Stammaktie ist bestellt dem Aufsichtsratsmitglied (ordentlichen oder stellvertretenden) oder einem anderen Prokuristen zu vertreten. 10454

Aufsichtsrat Chemnitz, Abt. E, 16. Februar 1923.

Auf Blatt 8689 des Handelsregisters, betr. die Firma William Janssen Aktiengesellschaft in Chemnitz, ist heute eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der Generalversammlung vom 10. Januar 1923 in den §§ 2 und 20 abgeändert worden. Inhalt der Änderungen: Das Grundkapital von 700000 M. zerfällt in 660 Stück Namensverzugsaktien und 35 Stück Namensverzugsaktien, beide Aktien ausgestellt in Nennwert von je 10000 M. Jede Stammaktie ist bestellt dem Aufsichtsratsmitglied (ordentlichen oder stellvertretenden) oder einem anderen Prokuristen zu vertreten. 10455

Aufsichtsrat Chemnitz, Abt. E, 16. Februar 1923.

Auf Blatt 8689 des Handelsregisters, betr. die Firma William Janssen Aktiengesellschaft in Chemnitz, ist heute eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der Generalversammlung vom 10. Januar 1923 in den §§ 2 und 20 abgeändert worden. Inhalt der Änderungen: Das Grundkapital von 700000 M. zerfällt in 660 Stück Namensverzugsaktien und 35 Stück Namensverzugsaktien, beide Aktien ausgestellt in Nennwert von je 10000 M. Jede Stammaktie ist bestellt dem Aufsichtsratsmitglied (ordentlichen oder stellvertretenden) oder einem anderen Prokuristen zu vertreten. 10456

Aufsichtsrat Chemnitz, Abt. E, 16. Februar 1923.

Auf Blatt 8689 des Handelsregisters, betr. die Firma William Janssen Aktiengesellschaft in Chemnitz, ist heute eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der Generalversammlung vom 10. Januar 1923 in den §§ 2 und 20 abgeändert worden. Inhalt der Änderungen: Das Grundkapital von 700000 M. zerfällt in 660 Stück Namensverzugsaktien und 35 Stück Namensverzugsaktien, beide Aktien ausgestellt in Nennwert von je 10000 M. Jede Stammaktie ist bestellt dem Aufsichtsratsmitglied (ordentlichen oder stellvertretenden) oder einem anderen Prokuristen zu vertreten. 10457

Aufsichtsrat Chemnitz, Abt. E, 16. Februar 1923.

Auf Blatt 8689 des Handelsregisters, betr. die Firma William Janssen Aktiengesellschaft in Chemnitz, ist heute eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der Generalversammlung vom 10. Januar 1923 in den §§ 2 und 20 abgeändert worden. Inhalt der Änderungen: Das Grundkapital von 700000 M. zerfällt in 660 Stück Namensverzugsaktien und 35 Stück Namensverzugsaktien, beide Aktien ausgestellt in Nennwert von je 10000 M. Jede Stammaktie ist bestellt dem Aufsichtsratsmitglied (ordentlichen oder stellvertretenden) oder einem anderen Prokuristen zu vertreten. 10458

Aufsichtsrat Chemnitz, Abt. E, 16. Februar 1923.

Auf Blatt 8689 des Handelsregisters, betr. die Firma William Janssen Aktiengesellschaft in Chemnitz, ist heute eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der Generalversammlung vom 10. Januar 1923 in den §§ 2 und 20 abgeändert worden. Inhalt der Änderungen: Das Grundkapital von 700000 M. zerfällt in 660 Stück Namensverzugsaktien und 35 Stück Namensverzugsaktien, beide Aktien ausgestellt in Nennwert von je 10000 M. Jede Stammaktie ist bestellt dem Aufsichtsratsmitglied (ordentlichen oder stellvertretenden) oder einem anderen Prokuristen zu vertreten. 10459

Aufsichtsrat Chemnitz, Abt. E, 16. Februar 1923.

Auf Blatt 8689 des Handelsregisters, betr. die Firma William Janssen Aktiengesellschaft in Chemnitz, ist heute eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der Generalversammlung vom 10. Januar 1923 in den §§ 2 und 20 abgeändert worden. Inhalt der Änderungen: Das Grundkapital von 700000 M. zerfällt in 660 Stück Namensverzugsaktien und 35 Stück Namensverzugsaktien, beide Aktien ausgestellt in Nennwert von je 10000 M. Jede Stammaktie ist bestellt dem Aufsichtsratsmitglied (ordentlichen oder stellvertretenden) oder einem anderen Prokuristen zu vertreten. 10460

Aufsichtsrat Chemnitz, Abt. E, 16. Februar 1923.

Auf Blatt 8689 des Handelsregisters, betr. die Firma William Janssen Aktiengesellschaft in Chemnitz, ist heute eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der Generalversammlung vom 10. Januar 1

Der Kaufmann Paul Walter Hermann ist aus der Gesellschaft ausgestiegen. An seine Stelle ist der Kaufmann Emil Max Delheid in Radibor als persönlich haftender Gesellschafter in die Gesellschaft eingetreten. Die Firma lautet nunmehr **G. & M. Delheid;**

6. auf Blatt 17851 die Firma Hermann Thomae in Dresden. Der Händler und Exporteur August Hermann Thomae in Dresden ist Inhaber. Geschäftszweig: Handelsgeschäft, bestehend in Ein- und Verkauf von Weinreben, Uhren, Gold- und Silberwaren, Schreibgeräten; Berlitz Str. 22; I.

In Blatt 17644, bez. die Allgemeine Sachse-Gesellschaft-Mitglieder-Gesellschaft vom 6. 6. 1919 noch in Dresden, wird noch beklagt worden: Werner Mühlbauer, das erste Mitglied des hierfür geschaffenen Aufsichtsrates für Technische Rechte Schneider und Schenck Gagau-Gebäckfabrik, beide in Tempel-Höfchen. 10453

In der Ref. v. 16. 2. 23 — S. 5 der R. 49 v. 19. 2. 23 — betz. Gehe & So., Allgemeine Sachse-Gesellschaft, wußt ich 58 richtig hießen. Im Falle der Aufklärung sehr. Auslösung steht u. w.

Amtsgericht Dresden, Abt. III, 19. Februar 1923.

Zu das Handelsregister ist heute auf Blatt 17852 die Gesellschaft Sachsmühle Schleißheim mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Dresden und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 2. Februar 1923 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Fabrikation von neuen Säcken, der Einnahme und Verkauf neuer und gebrauchter Säcke sowie der Betrieb ähnlicher Werkstätte. Das Stammkapital beträgt fünfhunderttausend Mark. Leiter Geschäftsführer ist bestellt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Zu Geschäftsführer ist bestellt die Fa. Siegmund Jacob Wal in und Max Schmidt, beide in Dresden. (Geschäftsstätten: Rothenstr. 65.) 10453

Auf Blatt 16244 des Handelsregisters, bez. die Firma Weihans Kosmos, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig, ist heute eingetragen worden: Der Direktor Arthur Richard Otto ist als Geschäftsführer ausgeschieden. 10452

Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, 17. Februar 1923.

Die Aufsichtsräte über das Vermögen der Kaufmann Wilhelm Konrad Josef Bielefeld in Meerane sind aufgehoben, da die im Januar vom 27. Januar 1923 angenommene Gesetzgebung rechtshilflos bestätigt ist. 10458

Amtsgericht Meerane, den 15. Februar 1923.

Auf Blatt 168 des Handelsregisters (Rössner-Von A. W. Rössner) ist heute eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 16. Februar 1923 hat die Erhöhung des Grundkapitals um achtzig Millionen fünfhunderttausend Mark, gerichtet in einhundertfünfundzwanzig Aktien zu je einhunderttausend Mark, siebenhundert Aktien zu je zehntausend Mark und einhundert Aktien zu je einhunderttausend Mark, wobei auf zwanzig Millionen Mark beschlossen. 10458

Amtsgericht Rössner, den 19. Februar 1923.

Auf Blatt 488 des Handelsregisters für den Landkreis Pirna, bez. die Firma Sophie und Karoline Schellhardt, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Rödewitz, ist heute eingetragen worden, daß die Prokuratur des Fabrikdirektors Kurt Ludwig Röntz erloschen ist. 10459

Amtsgericht Pirna, den 17. Februar 1923.

Zu das Handelsregister des unterzeichneten Anwaltsgesellschaft ist eingetragen worden:

1. am 31. Januar 1923 auf dem Blatt 595, die Firma Allgemeine Deutsche Creditanstalt Zweigstelle Schwarzenberg-Beierfeld in Schwarzenberg,

Zweckveräußerung der Allgemeinen Deutsche Credit-Anstalt Leipzig, bez. Die Generalsammlung vom 19. Dezember 1922 hat die Erhöhung des Grundkapitals um 400 — vierhundert — Millionen Mark, in einhundertundneunzigtausend Aktien zu je einhunderttausend Mark, zweihundertachtzigtausendtausend Aktien zu je fünfhunderttausend Mark und neuntausendtausendtausend Aktien zu je zehntausend Mark gesetzelt, wobei auf achtundhundert Millionen Mark beiliegende. Die Erhöhung ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag vom 20. Dezember 1899, in der Bezeichnung vom 10. Juni 1922, ist durch den gleichen Zeitpunkt laut Notariatsprotokoll vom 19. Dezember 1922 in den §§ 4, 8, 10 und 31 abgeändert worden. Die Ausgabe von 200 000 000 M. Aktien erfolgte zum Kursje von 100 % und von 80 000 000 M. Aktien zum Kursje von 97 70 %;

2. am 1. Februar 1923 auf dem Blatt 738, die Firma Antonia Rosenthal, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Beierfeld, bez. daß der Gesellschafter Kaufmann Adolf Gremhömer in Beierfeld ausgeschieden und an seiner Stelle der Fabrikdirektor Oscar Dörr in Beierfeld bestellt worden ist;

am 2. Februar 1923;

3. auf dem Blatt 786, die Firma Paul Rössner Metall- & Lackierwarenfabrik in

Schwarzenberg-Beierfeld und als Inhaber der Kaufmann Paul Hermann Rössner in Schwarzenberg-Sachsenfeld. Angegebener Geschäftszweig: Großhandel mit Eisen- u. Eisenwaren;

4. auf dem Blatt 698, die Firma W. Hartmann Sohne in Beierfeld bez. daß dem Kaufmann Michael Paul Adler in Wachleithen Prokura erlost ist;

5. am 7. Februar 1923 auf dem Blatt 707, die Firma Röhner & Co. in Schwarzenberg, bez. daß die bisherigen Inhaber Frieda Röhner und Hermann Röhr in Schwarzenberg und der Kaufmann Kurt Emil Röhr in Pirna, Leipzig aus der Gesellschaft ausgeschieden sind und der Kaufmann Hermann Walter Röhner in Schwarzenberg ehemaliger Inhaber geworden ist;

6. am 12. Februar 1923 auf dem Blatt 800, die Firma Paul Röhner & Sohn Allgemeine Sachse-Gesellschaft in Schwarzenberg bez. daß dem Ingenieur Otto Linsen in Berlin Gesamtprokur erlost ist. Er darf die Gesellschaft in Gemeinschaft mit einem anderen Prokuristen vertreten;

am 14. Februar 1923;

7. auf dem Blatt 87, die Firma F. E. Heidenmüller in Andritsch i. Erzgeb. bez. daß die Prokuratur des Kaufmanns Paul Emil Eier in Antonitz erloschen ist;

8. auf dem Blatt 300, die Firma 2. G. Reichhardt, Gustav Gutshaltung und Nagelarbeiten in Mittweida i. Erzgeb. bez. daß der Kaufmann Bernhard Johannes Tröger in Mittweida i. Erzgeb. als gleichberechtigter Teilhaber in das Handelsgeschäft eingetreten und seine bisherige Prokura erloschen ist. 10461

Amtsgericht Schwarzenberg, 16. Februar 1923.

Auf Blatt 225 des Handelsregisters, die Firma Samhonia Allgemeine Gesellschaft, Gustav Gutshaltung und Nagelarbeiten, Zweigstelle Pirna, bez. die Generalsammlung vom 30. Januar 1923 hat die Erhöhung des Grundkapitals um 15 Millionen Mark, wobei auf 2 Millionen Aktien eine höhere Betrag als den Kursbetrag ist statthaft. Von den Aktien sind die Nummern 26001 bis 26000 Vorzugaktien. Die Vorzugaktien haben gegenüber den Stammaktien 25 jahres Stammrecht bei Abstimmung über die Bezeichnung des Aufsichtsrates, aber Abstimmung der Bezeichnung und über die Ausschüttung der Gesellschaft und erhalten aus dem Jahresgewinn 4 % Dividende, während sie an dem Restbetrag der nach Bezeichnung dieser 4 % Dividende verdient, in proportional gleichem Ausmaß wie die Stammaktien teilnehmen. Der Vorzugaktien steht ein Recht auf Nachzahlung nicht zu. Jährliche Abmilderungen bezüglich einziger späterer Umwandlung der Vorzugaktien in Stammaktien bestehen nicht. Die Ausgabe der neuen Aktien im Betrage von 11 Millionen Mark erfolgt durch 10 000 auf den Inhaber laufende Stammaktien über je 1000 Mark und durch 1000 auf den Inhaber und über je 1000 Mark laufende Vorzugaktien. Das gesetzliche Abgabekreis beträgt 130 %.

Amtsgericht Pirna, 16. Februar 1923. [10461]

Auf Blatt 225 des Handelsregisters, die Firma Samhonia Allgemeine Gesellschaft, Gustav Gutshaltung und Nagelarbeiten, Zweigstelle Pirna, bez. die Generalsammlung vom 30. Januar 1923 hat die Erhöhung des Grundkapitals um 15 Millionen Mark, wobei auf 2 Millionen Aktien eine höhere Betrag als den Kursbetrag ist statthaft. Von den Aktien sind die Nummern 26001 bis 26000 Vorzugaktien. Die Vorzugaktien haben gegenüber den Stammaktien 25 jahres Stammrecht bei Abstimmung über die Bezeichnung des Aufsichtsrates, aber Abstimmung der Bezeichnung und über die Ausschüttung der Gesellschaft und erhalten aus dem Jahresgewinn 4 % Dividende, während sie an dem Restbetrag der nach Bezeichnung dieser 4 % Dividende verdient, in proportional gleichem Ausmaß wie die Stammaktien teilnehmen. Der Vorzugaktien steht ein Recht auf Nachzahlung nicht zu. Jährliche Abmilderungen bezüglich einziger späterer Umwandlung der Vorzugaktien in Stammaktien bestehen nicht. Die Ausgabe der neuen Aktien im Betrage von 11 Millionen Mark erfolgt durch 10 000 auf den Inhaber laufende Stammaktien über je 1000 Mark und durch 1000 auf den Inhaber und über je 1000 Mark laufende Vorzugaktien. Das gesetzliche Abgabekreis beträgt 130 %.

Amtsgericht Pirna, 16. Februar 1923. [10461]

Auf Blatt 214 des Handelsregisters ist heute die Firma Verhandlungshandlung "Auto" Frieda Jahr in Wilsdruff und als ihre Inhaberin die Handlungsgesellschafterin Frieda Elsa Jahr geb. Gräfe in Wilsdruff eingetragen worden. 10460

Amtsgericht Zwickau, den 16. Februar 1923.

Auf Blatt 225 des Handelsregisters, die Firma Samhonia Allgemeine Gesellschaft, Gustav Gutshaltung und Nagelarbeiten, Zweigstelle Pirna, bez. die Generalsammlung vom 30. Januar 1923 hat die Erhöhung des Grundkapitals um 15 Millionen Mark, wobei auf 2 Millionen Aktien eine höhere Betrag als den Kursbetrag ist statthaft. Von den Aktien sind die Nummern 26001 bis 26000 Vorzugaktien. Die Vorzugaktien haben gegenüber den Stammaktien 25 jahres Stammrecht bei Abstimmung über die Bezeichnung des Aufsichtsrates, aber Abstimmung der Bezeichnung und über die Ausschüttung der Gesellschaft und erhalten aus dem Jahresgewinn 4 % Dividende, während sie an dem Restbetrag der nach Bezeichnung dieser 4 % Dividende verdient, in proportional gleichem Ausmaß wie die Stammaktien teilnehmen. Der Vorzugaktien steht ein Recht auf Nachzahlung nicht zu. Jährliche Abmilderungen bezüglich einziger späterer Umwandlung der Vorzugaktien in Stammaktien bestehen nicht. Die Ausgabe der neuen Aktien im Betrage von 11 Millionen Mark erfolgt durch 10 000 auf den Inhaber laufende Stammaktien über je 1000 Mark und durch 1000 auf den Inhaber und über je 1000 Mark laufende Vorzugaktien. Das gesetzliche Abgabekreis beträgt 130 %.

Amtsgericht Zwickau, 16. Februar 1923. [10461]

Auf Blatt 225 des Handelsregisters, die Firma Samhonia Allgemeine Gesellschaft, Gustav Gutshaltung und Nagelarbeiten, Zweigstelle Pirna, bez. die Generalsammlung vom 30. Januar 1923 hat die Erhöhung des Grundkapitals um 15 Millionen Mark, wobei auf 2 Millionen Aktien eine höhere Betrag als den Kursbetrag ist statthaft. Von den Aktien sind die Nummern 26001 bis 26000 Vorzugaktien. Die Vorzugaktien haben gegenüber den Stammaktien 25 jahres Stammrecht bei Abstimmung über die Bezeichnung des Aufsichtsrates, aber Abstimmung der Bezeichnung und über die Ausschüttung der Gesellschaft und erhalten aus dem Jahresgewinn 4 % Dividende, während sie an dem Restbetrag der nach Bezeichnung dieser 4 % Dividende verdient, in proportional gleichem Ausmaß wie die Stammaktien teilnehmen. Der Vorzugaktien steht ein Recht auf Nachzahlung nicht zu. Jährliche Abmilderungen bezüglich einziger späterer Umwandlung der Vorzugaktien in Stammaktien bestehen nicht. Die Ausgabe der neuen Aktien im Betrage von 11 Millionen Mark erfolgt durch 10 000 auf den Inhaber laufende Stammaktien über je 1000 Mark und durch 1000 auf den Inhaber und über je 1000 Mark laufende Vorzugaktien. Das gesetzliche Abgabekreis beträgt 130 %.

Aufsichtsrat Frieda Jahr, 16. Februar 1923. [10461]

Auf Blatt 225 des Handelsregisters ist heute die Firma Samhonia Allgemeine Gesellschaft, Gustav Gutshaltung und Nagelarbeiten, Zweigstelle Pirna, bez. die Generalsammlung vom 30. Januar 1923 hat die Erhöhung des Grundkapitals um 15 Millionen Mark, wobei auf 2 Millionen Aktien eine höhere Betrag als den Kursbetrag ist statthaft. Von den Aktien sind die Nummern 26001 bis 26000 Vorzugaktien. Die Vorzugaktien haben gegenüber den Stammaktien 25 jahres Stammrecht bei Abstimmung über die Bezeichnung des Aufsichtsrates, aber Abstimmung der Bezeichnung und über die Ausschüttung der Gesellschaft und erhalten aus dem Jahresgewinn 4 % Dividende, während sie an dem Restbetrag der nach Bezeichnung dieser 4 % Dividende verdient, in proportional gleichem Ausmaß wie die Stammaktien teilnehmen. Der Vorzugaktien steht ein Recht auf Nachzahlung nicht zu. Jährliche Abmilderungen bezüglich einziger späterer Umwandlung der Vorzugaktien in Stammaktien bestehen nicht. Die Ausgabe der neuen Aktien im Betrage von 11 Millionen Mark erfolgt durch 10 000 auf den Inhaber laufende Stammaktien über je 1000 Mark und durch 1000 auf den Inhaber und über je 1000 Mark laufende Vorzugaktien. Das gesetzliche Abgabekreis beträgt 130 %.

Aufsichtsrat Frieda Jahr, 16. Februar 1923. [10461]

Auf Blatt 225 des Handelsregisters ist heute die Firma Samhonia Allgemeine Gesellschaft, Gustav Gutshaltung und Nagelarbeiten, Zweigstelle Pirna, bez. die Generalsammlung vom 30. Januar 1923 hat die Erhöhung des Grundkapitals um 15 Millionen Mark, wobei auf 2 Millionen Aktien eine höhere Betrag als den Kursbetrag ist statthaft. Von den Aktien sind die Nummern 26001 bis 26000 Vorzugaktien. Die Vorzugaktien haben gegenüber den Stammaktien 25 jahres Stammrecht bei Abstimmung über die Bezeichnung des Aufsichtsrates, aber Abstimmung der Bezeichnung und über die Ausschüttung der Gesellschaft und erhalten aus dem Jahresgewinn 4 % Dividende, während sie an dem Restbetrag der nach Bezeichnung dieser 4 % Dividende verdient, in proportional gleichem Ausmaß wie die Stammaktien teilnehmen. Der Vorzugaktien steht ein Recht auf Nachzahlung nicht zu. Jährliche Abmilderungen bezüglich einziger späterer Umwandlung der Vorzugaktien in Stammaktien bestehen nicht. Die Ausgabe der neuen Aktien im Betrage von 11 Millionen Mark erfolgt durch 10 000 auf den Inhaber laufende Stammaktien über je 1000 Mark und durch 1000 auf den Inhaber und über je 1000 Mark laufende Vorzugaktien. Das gesetzliche Abgabekreis beträgt 130 %.

Aufsichtsrat Frieda Jahr, 16. Februar 1923. [10461]

Auf Blatt 225 des Handelsregisters ist heute die Firma Samhonia Allgemeine Gesellschaft, Gustav Gutshaltung und Nagelarbeiten, Zweigstelle Pirna, bez. die Generalsammlung vom 30. Januar 1923 hat die Erhöhung des Grundkapitals um 15 Millionen Mark, wobei auf 2 Millionen Aktien eine höhere Betrag als den Kursbetrag ist statthaft. Von den Aktien sind die Nummern 26001 bis 26000 Vorzugaktien. Die Vorzugaktien haben gegenüber den Stammaktien 25 jahres Stammrecht bei Abstimmung über die Bezeichnung des Aufsichtsrates, aber Abstimmung der Bezeichnung und über die Ausschüttung der Gesellschaft und erhalten aus dem Jahresgewinn 4 % Dividende, während sie an dem Restbetrag der nach Bezeichnung dieser 4 % Dividende verdient, in proportional gleichem Ausmaß wie die Stammaktien teilnehmen. Der Vorzugaktien steht ein Recht auf Nachzahlung nicht zu. Jährliche Abmilderungen bezüglich einziger späterer Umwandlung der Vorzugaktien in Stammaktien bestehen nicht. Die Ausgabe der neuen Aktien im Betrage von 11 Millionen Mark erfolgt durch 10 000 auf den Inhaber laufende Stammaktien über je 1000 Mark und durch 1000 auf den Inhaber und über je 1000 Mark laufende Vorzugaktien. Das gesetzliche Abgabekreis beträgt 130 %.

Aufsichtsrat Frieda Jahr, 16. Februar 1923. [10461]

Auf Blatt 225 des Handelsregisters ist heute die Firma Samhonia Allgemeine Gesellschaft, Gustav Gutshaltung und Nagelarbeiten, Zweigstelle Pirna, bez. die Generalsammlung vom 30. Januar 1923 hat die Erhöhung des Grundkapitals um 15 Millionen Mark, wobei auf 2 Millionen Aktien eine höhere Betrag als den Kursbetrag ist statthaft. Von den Aktien sind die Nummern 26001 bis 26000 Vorzugaktien. Die Vorzugaktien haben gegenüber den Stammaktien 25 jahres Stammrecht bei Abstimmung über die Bezeichnung des Aufsichtsrates, aber Abstimmung der Bezeichnung und über die Ausschüttung der Gesellschaft und erhalten aus dem Jahresgewinn 4 % Dividende, während sie an dem Restbetrag der nach Bezeichnung dieser 4 % Dividende verdient, in proportional gleichem Ausmaß wie die Stammaktien teilnehmen. Der Vorzugaktien steht ein Recht auf Nachzahlung nicht zu. Jährliche Abmilderungen bezüglich einziger späterer Umwandlung der Vorzugaktien in Stammaktien bestehen nicht. Die Ausgabe der neuen Aktien im Betrage von 11 Millionen Mark erfolgt durch 10 000 auf den Inhaber laufende Stammaktien über je 1000 Mark und durch 1000 auf den Inhaber und über je 1000 Mark laufende Vorzugaktien. Das gesetzliche Abgabekreis beträgt 130 %.

Aufsichtsrat Frieda Jahr, 16. Februar 1923. [10461]

Auf Blatt 225 des Handelsregisters ist heute die Firma Samhonia Allgemeine Gesellschaft, Gustav Gutshaltung und Nagelarbeiten, Zweigstelle Pirna, bez. die Generalsammlung vom 30. Januar 1923 hat die Erhöhung des Grundkapitals um 15 Millionen Mark, wobei auf 2 Millionen Aktien eine höhere Betrag als den Kursbetrag ist statthaft. Von den Aktien sind die Nummern 26001 bis 26000 Vorzugaktien. Die Vorzugaktien haben gegenüber den Stammaktien 25 jahres Stammrecht bei Abstimmung über die Bezeichnung des Aufsichtsrates, aber Abstimmung der Bezeichnung und über die Ausschüttung der Gesellschaft und erhalten aus dem Jahresgewinn 4 % Dividende, während sie an dem Restbetrag der nach Bezeichnung dieser 4 % Dividende verdient, in proportional gleichem Ausmaß wie die Stammaktien teilnehmen. Der Vorzugaktien steht ein Recht auf Nachzahlung nicht zu. Jährliche Abmilderungen bezüglich einziger späterer Umwandlung der Vorzugaktien in Stammaktien bestehen nicht. Die Ausgabe der neuen Aktien im Betrage von 11 Millionen Mark erfolgt durch 10 000 auf den Inhaber laufende Stammaktien über je 1000 Mark und durch 1000 auf den Inhaber und über je 1000 Mark laufende Vorzugaktien. Das gesetzliche Abgabekreis beträgt 130 %.

Aufsichtsrat Frieda Jahr, 16. Februar 1923. [10461]

Auf Blatt 225 des Handelsregisters ist heute die Firma Samhonia Allgemeine Gesellschaft, Gustav Gutshaltung und Nagelarbeiten,